

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Großhain, Elbe.
Verlag: R. 20.

Amtsblatt

Verlagsort: Leipzig 2100.
Verlag: R. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 177.

Montag, 2. August 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 num. breite, 3 mm hohe Grundzeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; je nach Umfang und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Feste Carre. Gewähliger Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Anzeigengebühr, „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: D. S. Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Verarbeitung von Deputatgetreide.

Nachdem durch die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 — Reichsgetreidegesetz Seite 1027 ff. — die Gewährung von Deputatgetreide zugelassen worden ist, wird für den Bezirk des Kommunalverbandes Großhain folgendes bestimmt:

1. Deputatgetreide darf nur auf Grund von Erlaubnisscheinen, Mabl- bezw. Schrotkarten zu Schrot, Mehl, Grieß, Gerste, Graupen und ähnlichen Erzeugnissen verarbeitet werden. Anträge auf Ausstellung von Mabl- und Schrotkarten sind bei der Ortsbehörde zu stellen. Sie haben zu enthalten:

a) den Namen und Wohnort des Deputatberechtigten, Zahl der Personen, welche Anspruch auf das Deputat haben, Art und Menge des Getreides sowie die Reifezeit, für welche es bestimmt ist, Bescheinigung des Arbeitgebers über die Nützlichkeitsangaben.

Die Gemeindebehörden haben die Angaben nachzuprüfen und gegebenenfalls mit Bescheinigung an die Amtshauptmannschaft weiterzuleiten.

2. Die Mabl- und Schrotkarten sind nur gültig innerhalb der auf ihnen vermerkten Freiten.

3. Die Vorschriften über Ausmahlung von Brotgetreide und Gerste haben auch auf das Deputatgetreide Anwendung zu finden.

4. Im übrigen gelten die Bestimmungen unter Riffer 4—14 der Bekanntmachung über die Verarbeitung von Gerste und Hafer der Selbstverfoger vom 23. Juli 1920. Großhain, am 23. Juli 1920.

842 a l. Der Kommunalverband.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

a) am 21. Juli 1920:

auf Blatt 177, die Firma **Eduard Uhlig** in Riesa betr.: die Firma ist erloschen;

b) am 26. Juli 1920:

auf Blatt 574, die Firma **Verandhaus Eller & Co.** in Riesa betr.: die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen;

auf Blatt 75, die Firma **Altiengeellschaft Lauchhammer** in Riesa betr.: die Procura des Edmund Rumberger ist erloschen;

auf Blatt 583: die Firma **Sächsische Verchrottungs-Gesellschaft** mit beschränkter Haftung in Riesa.

Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Juni 1920 abgeschlossen und am 17. Juli 1920 durch Beschluß der Gesellschafter laut Notariatsprotokoll von diesem Tage abgeändert worden.

Gegenstand des Unternehmens ist die Entladung und Verchrottung von Geflochten und Geflochten aller Art, sowie der Erwerb und die Verarbeitung

und Veräußerung von Metallen jeglicher Art und der Vertrieb derselben in bearbeitetem und unbearbeitetem Zustande. Die Gesellschaft darf sich an Unternehmensart ähnlicher Art beteiligen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark.

Zu Geschäftsführern sind bestellt:

a) der Direktor **Paul Vottmann** in Rudolstadt,

b) der Dr. jur. **Fritz Krauser** in Rehdorf bei Berlin.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Berichtigung.

In unserer Bekanntmachung Kohlenverkaufspreise vom 30. Juli 1920, abgedruckt in Nr. 176 des Rieser Tageblattes vom 31. Juli 1920, muß es in Absatz 1 anstelle „des Monats Juli und der nachfolgenden Monate“ „des Monats August und der nachfolgenden Monate“ heißen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 2. August 1920. Sam.

Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Gemeindeamt. Fernruf Amt Riesa Nr. 96.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.

Mündelsichere Kapitalanlage unter Garantie der Gemeinde Gröba.

Strenge Verchrottung über alle Geschäftsvorfälle.

Einlagegebühren gebührenfrei. Kontrollmarken unentgeltlich.

Einzahlungen können auch durch Giroverkehr auf Konto 5 Gemeindeverbands-Sparkasse Gröba.

Schriftliche Aufträge werden am Tage des Eingangs erledigt.

Bermietung von Panzerkraftschleifzähern.

Aufbewahrung und Verwaltung sowie An- und Verkauf von Wertpapieren. Gemeindevorstands-Girokasse. Kostenlose Geldüberweisungen.

Einlagen auf Girokonto in unbeschränkter Höhe.

Verzinsung der Einlagen auf Girokonto nach Vereinbarung.

Rassenspenden: Jeden Freitag von 7—9 Uhr vormittags.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 2. August 1920.

Die Reisbrotmarken alten Musters. Im Irrtum zu begreifen, macht die Reichsgetreideordnung bekannt, daß die Reisbrotmarken alten Musters ihre Gültigkeit vorläufig nicht verlieren werden.

Die Aufhebung der Bewirtschaftung von Kunstpflanzenerzeugnissen. Vom 1. August dieses Jahres ab ist die Bewirtschaftung von Kunstpflanzenerzeugnissen und Speiseöl aufgehoben. Nunmehr ist auch die diesjährige einheimische Ernte von nachstehend aufgeführten Delikatessen, nämlich Kaps, Rüben, Sonnenblumen, Senf (weiß und braun), Datteln, Mohr, Fein, Hart und Kleber (Dobersch, Mavison), deren Erzeugung für die Delikatessenherstellung der Bevölkerung nicht mehr unbedingt erforderlich ist, freigegeben worden. Die genannten Delikatessen sind also nicht mehr an den Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette abzuliefern. Gleichzeitig sind auch die bisher geltenden Preisfestsetzungen außer Kraft getreten. Ueber die Auseinandersetzung mit dem Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, sind den noch Verhandlungen statt.

Erleichterungen bei Entrichtung der Kapitalertragssteuer. Im Einkommensteuergesetz ist vorgesehen, daß bei Steuerpflichtigen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalertrag oder Pensionen zusammensetzt, die Kapitalertragssteuer bei Einkommen bis 7500 Mark zu 75 Prozent, bei Einkommen bis 10000 Mark zu 50 Prozent und bei Einkommen bis zu 12500 Mark zu 25 Prozent auf die geschuldete Einkommensteuer angerechnet wird. Hat ein solcher Steuerpflichtiger überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen, so erfolgt Erstattung des betreffenden Anteiles der Kapitalertragssteuer. Die Erstattungsansprüche sind an die Finanzämter zu richten; Gesuche an das Reichsfinanzministerium haben keinen Sinn. In diesem Zusammenhang sei auch hingewiesen auf den Erlaß vom 17. Juli 1920. Danach kann zur Vermeidung von besonderen Härten die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertragssteuer nach Ablauf des Jahres in voller Höhe erstattet werden, wenn auf die betreffenden Rentner die obigen Voraussetzungen zutreffen und dieselben nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Entscheidung hierüber steht den Landesfinanzämtern zu, die über die Finanzämter mit der Entscheidung über Erstattungsansprüche beauftragt sind.

Keine Abänderung des Umsatzsteuergesetzes. Es scheint das Gerücht über eine Abänderung des Umsatzsteuergesetzes wegen der Vorschriften über die Auguststeuer verbreitet zu sein. Das Gerücht entbehrt jeder Begründung. Der Reichstag hat sich in diesen Tagen lediglich mit einem Initiativantrag auf Abänderung der Vorschriften über die Besteuerung der bildenden Künstler beschäftigt. Im übrigen bleibt es bei den bestehenden Vorschriften und Bestimmungen über die Auguststeuer. Auf die Verpflichtung, spätestens bis zum 15. August 1920 die erste Auguststeuererklärung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 abzugeben, wird nochmals hingewiesen.

Winterbeihilfen für Angehörige Vermittler. Die Reichsminister des Reichsausschusses für Kriegshilfenleistungen gezahlten Beihilfen konnten nach den bisherigen Bestimmungen den Angehörigen von Vermittlern nur gewährt werden, wenn diese bereits Vorschläge auf

ihre Versorgungsgebühren beziehen. Nach einem neuen Erlaß des Reichsarbeitsministeriums soll die Beihilfe nachträglich auch solchen Angehörigen Vermittler gewährt werden, die noch Familienunterstützung erhalten. Ausgenommen sind die Angehörigen der nach dem 3. März 1919 Vermittlung, da diese auf Grund eines Erlasses des Reichsministeriums des Innern eine Beschäftigungsbeihilfe erhalten haben. Die Anträge auf Nachzahlung der Winterbeihilfe sind schleunigst an die zuständige amtliche Fürsorgestelle zu richten.

Die sächsischen Schneider gegen Preistreiber und Sozialisierung. Der 41. Verbandstag der Schneiderinnungen Sachsens, der in Rochitz stattfand, befaßt in seiner Entschließung auf die große Preistreibererei auf dem Textilmarkt und die dadurch entstehende Verarmung der arbeitenden Bevölkerung. Das Schneiderhandwerk leide selbst darunter und wüßte, daß es bald eine Senkung der Preise für Rohstoffe erlitten. Weiter erhebt der Verband scharfsten Protest gegen die Bestrebungen der neuen Volksbewegungsgesellschaft in Berlin, unter Beihilfe der Regierung in großem Umfang die Anfertigung von Arbeitsstücken aller Art an sich zu ziehen, dadurch das selbständige Handwerk auszuscheiden und die Arbeitnehmererwerbslos zu machen. Endlich sprach man sich noch scharf gegen jede Sozialisierung und Kommunalisierung des Schneiderhandwerks aus.

Ausgefallene Militärtransporte. Wie aus Offenbacherkreuzen von zuverlässiger Seite bekannt, wollen diese in ganz Deutschland feiner militärische Transporte, sowohl von Truppen, wie auch Materialen, zur Ausführung bringen, bis die unbedingte Gewissheit besteht, daß die deutsche Neutralität in keiner Weise verletzt oder mißbraucht wird. So wird hierzu aus Königsbrunn bekannt, daß dort ein Militärtransport dieserhalb nicht abfahren konnte, auch anderwärts liegen verkehrsähnliche Transporte fest, deren Weiterbeförderung erst nach genauer Aufklärung über Zweck und Ziel möglich sein wird. Auch die Transporte von Frachtmaterial aller Art sollen scharf kontrolliert werden, ob etwa unter falscher Deklaration Kriegsmaterial verschoben wird.

Das Wetter in den kommenden Monaten. Ein Wetterkundiger schreibt der „Demokratischen Zeitung“: Nach Beobachtung der Sonnenflecken und der jetzt von ihr beschriebenen Kurven dürften auch im August noch einige stärkere Gewitterperioden zu erwarten sein, während der September mehr ausgeglichene und reichliche Niederschläge bringen wird. Infolge der öfter auftretenden Niederschläge dürften die Dürrebedingungen nicht allzu warm ausfallen. Der Herbst dürfte voraussichtlich infolge der für Deutschland stärker auftretenden Niederschläge, die öfters von nördlichen Winden begleitet sein werden, etwas frühzeitig Frostgefahr bringen, während der Spätherbst dann wieder verhältnismäßig noch warme Witterung aufweisen dürfte. Nach der bisherigen Entwicklung der Sonnenflecken und der von ihnen beschriebenen Kurven besteht Aussicht auf einen sehr milden, feuchten Winter. — Das letztere wäre im Hinblick auf unsere Kohlenknappheit besonders angenehm.

Erwerbslosen Demonstration in Dresden. Sonnabend vormittag bewegte sich wieder ein großer Demonstrationzug der Erwerbslosen durch die Straßen der Dresdener Altstadt. Der Zug hielt eine Zeit lang vor dem Rathaus und dem Ministerium. Die Ruhe und Ordnung blieb gewahrt. Ueber die Demonstration der Erwerbslosen und Streckenden vor dem Ministerialgebäude wird aus der Reichshauskette in der Staatskanzlei folgendes mitgeteilt: Die Abordnung der Demonstranten, bestehend aus 12 Vertretern des Erwerbslosenrates, der Notstandsarbeiter, des Fürsorgeausschusses Blasewitz und einer Anzahl Be-

triebsträte verschiedener größerer Firmen, wurde um 11 Uhr vom Minister Heide empfangen. Der Vorsitzende des Erwerbslosenrates legte im Anschluß an seine Ausführungen in der Verhandlung vom Tage vorher noch einmal kurz dar, was die Demonstration veranlaßt hat: Die Sorge der Erwerbslosen und der Arbeitenden über die Nichtweiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung nach 26 Wochen. Er sprach im Namen der Demonstranten den Wunsch aus, daß der Minister im sächsischen Gesamtministerium einen Beschluß erwirke, wonach die Reichsregierung in Berlin den 8. Tag der Reichsverordnung, betreffend die Einstellung der Unterhaltungsabteilung nach 26 Wochen, schnellstens aufhebe. Minister Heide konnte die Erfüllung dieses Wunsches umso eher zusagen, als seine Ausführungsbestimmungen und bisherigen Bestimmungen vom 10. Juli sich schon im Sinne dieser Wünsche bewegen. Ferner wünschten die Demonstranten, daß sich das Gesamtministerium einsele für eine Herabsetzung des Betriebsrätegesetzes dergehal, daß den Betriebsräten ein größeres Recht bei Einstellungen und Entlassungen gewährt werden möchte, damit auf die Lage des Arbeitsmarktes besser reguliert und kontrolliert werden könne. Ebenso möchte sich die sächsische Regierung dafür einsetzen, daß § 92 des Betriebsrätegesetzes dahin abgeändert werde, daß die Betriebsräte künftig die Rechte der Vorsitzenden der Betriebsräte erhalten. Der Minister konnte auch die Erfüllung dieser Wünsche zusagen, da er bereits wiederholt in diesem Sinne Anordnungen getroffen hat. Er konnte ferner mitteilen, daß er sich gern und heute wegen einer Beschäftigungsbeihilfe für Erwerbslose nach Berlin wenden und werden die Nachricht erhalten habe, daß die Reichsregierung eine Verordnung betreffs Sonderzulagen für solche Erwerbslose vorbereite, die längere Zeit arbeitslos und außerhande sind, Arbeit zu finden. Die Reichsregierung hofft, in kurzer Zeit die Verordnung erlassen zu können, womit wenigstens den Allerbedürftigsten wieder etwas geholfen werde. Im Anschluß daran empfing Minister Heide noch eine weitere Abordnung von Erwerbslosen aus dem Plauenschen Grunde. Ihnen gab der Minister ausführlich bekannt, was mit der vorigen Abordnung vereinbart worden war und gab ihnen auf die von ihnen überreichten Forderungen entsprechenden Bescheid. Ihnen sollte als bald eine dritte Abordnung und zwar von den Erwerbslosen aus Habedel, denen ebenfalls allerlei Mißverständnisse aufgeklärt und die gewünschten Zusicherungen gegeben werden konnten.

Marxersdorf bei Burgstädt. Die Familie Jungmann hatte Bilanz gesammelt und geschlossen. Es fehlten ihr alsbald Berggittererscheinungen ein, die sich bei den sechs Kindern bemerkbar machten. In der Nacht zum Donnerstag sind nun zwei Kinder im Alter von 13 und 11 Jahren der Bilbergiftung erlegen. Die vier anderen befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Bad Celler. Hier ist die schöne Ausstellung des sächsischen Kunsthandwerks schon wieder von Einbrechern heimlich gestohlen worden. Nachdem diese am 15. Juli die unter Glas und Rahmen befindlichen wertvollen Eiben gestohlen hatten, sind sie nunmehr daran gegangen, die ganze Glasvitrine des unteren Raumes ihres wertvollen Inhalts zu berauben: Eiben und Stoffe, Tafen und Bildergewand und viele andere Kunstgegenstände mehr fielen den Diebstahl in die Hände. Die gestohlenen Kunstgegenstände hatten einen Wert von 2000 bis 3000 Mk. Die Diebster sind zwar durch Vernehmung gebekt, allem manches Stück hatte Liebhaberwert und bedeutet für die Betroffenen einen unerfesslichen Verlust.

Crimmitschau. Der 52 Jahre alte Zimmermann Anton Kahl hatte Bilanz geholt, die er abends in Gemein-

gegessen hat. Fröh stellte sich allen drei Personen
Dreiecksbuch ein. Obgleich ärztliche Hilfe sofort hinzuge-
zogen wurde, sind die Gattin Kohls am Mittwoch früh,
die 10 Jahre alte Tochter am Mittwoch mittag und Kohl
selbst am Donnerstag früh gestorben.

Gammitz. In den Wanderbetrieben in Schönan
brachte in den letzten Tagen eine völlige Stilllegung des
Betriebs. Die auch anderswo, so hielt hier der Be-
triebsrat seine Sitzungen am Tage während der üblichen
Arbeitszeit ab. Die Direktion erhob dagegen Beschwerde,
erhielt auch recht, aber der Betriebsrat setzte sich nicht
daran. Infolgedessen wurde den Beteiligten für die ver-
kaufte Arbeitszeit kein Lohn ausbezahlt. Die aufgeschobenen
Arbeiter stritten in das Kontor und erreichten von der
Direktion die Auszahlung. Darauf beschloß der Auf-
sichtsrat, von der ihm schon früher durch die Hauptver-
sammlung erteilten Ermächtigung, den ganzen Betrieb stillzu-
legen, Gebrauch zu machen. Dadurch wären mehrere
Tausend Familien auf schwerste in Notstand geraten.
Wie wir erfahren, ist es der Vermittlungstätigkeit des
Geheimrats Daack in zweifelhafte Verhandlungen gelang,
die vorhandenen Streitigkeiten zu lösen. Der Beschluß auf
Stilllegung der Werke wurde daraufhin vom Aufsichtsrat
aufgehoben.

Plauen. Ein neuer Raubüberfall wird aus Bayreuth
gemeldet. Als ein dortiger Einwohner von seiner Arbeits-
stätte nach Hause ging, wurde er zwischen
Bismarck und Aufschlag von einem etwa 28 Jahre alten
Bergarbeiter mit der Forderung „Auspacken!“ angehalten.
Da der Arbeiter dem Räuber nur 20 Mk. ausbändigen
konnte, weil er nicht mehr bei sich hatte, wurde er von
diesem auch noch durchsucht.

Wien. Der am Freitag abend im Anschluß an
eine Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten zu-
genannten, wobei die Sicherheitswehr vollständig nach voran-
gegangenen Kämpfen Schiffe abgab, durch die zwei
Personen verarmt wurden. Infolge dieser Vorgänge ist
für heute vormittag von unabhängiger Seite eine Ver-
sammlung einberufen. Die Arbeiter des in der Nähe ge-
legenen Dirsfelder Kraftwerkes beschloßen, zu dieser Ver-
sammlung in geschlossenem Zuge zu erscheinen, sobald der
Betrieb dieses Werkes sowie die von ihm mit Kraft ver-
sehten Betriebe des sächsischen Oberlandes stillgelegt sind.

Im Laufe des Sonnabend-Nachmittags fand eine ge-
meinsame Beratung des Streikkomitees mit Oberbürger-
meister Dr. Käls und zwei Regierungs-Kommissaren statt.
Es wurde gefordert: die Streiklinge sollen durch die Stadt
besetzt werden, Schließung der bei den Vorgängen am
Freitag Geschädigten, sofortige Freilassung der Verurteil-
ten, Wiederherstellung des Verkehrs gegen die wegen der
Vorgänge am Freitag Beschädigten. Die Haupt-
forderung war die sofortige Zurückziehung der Sicherheits-
polizei aus Bitterfeld und die Übergabe der Waffen an die
Arbeiterwehr. Ein Regierungskommissar erklärte, daß er
im Auftrage der Regierung diese Forderung als unannehm-
bar zu bezeichnen habe, auch weil sie technisch nicht durch-
führbar sei. Die Ablieferung der Waffen an die Ar-
beiterwehr lasse sich auch schon aus Rücksicht auf die Ent-
waffnungsforderung der Entente nicht durchführen. Schließ-
lich wurde vorgeschlagen, daß die Forderungen der Re-
gierung in Dresden vorgetragen werden sollen. Das
Streikkomitee beantragte im Laufe des Nachmittags die
Schließung sämtlicher Geschäfte, Hotels und Gastwirtschaften.

Die mehrheitssozialistische Partei erklärt eine Be-
samtentnahme, in der sie besonders darauf hinweist, daß
der Streikbeschuß ohne Einhaltung der zutreffenden Par-
teistimmen, insbesondere der Gewerkschaftsstimmen, ge-
nommen worden ist. — Vom gestrigen Sonntag wird ge-
meldet: Vormittags 11 Uhr fand auf dem Marktplatz eine
von etwa 400-500 Personen besuchte Versammlung statt,
in der Unabhängige und Kommunisten sprachen. Es
wurde beschlossen, daß über den Abzug der Sicherheits-
polizei keine Verhandlungen stattfinden dürfen, sondern,
daß diese Forderung erfüllt werden müsse. Ferner, daß die
nächsten Tage sehr ernst sein und der Kampf ausgefochten
werden müsse. Der Oberbürgermeister Dr. Käls habe sich
im Auto nach Dresden begeben, um im Ministerium des
Innern zu verhandeln. Die Verhandlungen dauern bis
zu dieser Stunde noch fort und sind noch nicht abge-
schlossen. Während dieser Zeit hatte sich der Oberbürger-
meister verpflichtet, am gestrigen Sonntag die Sicher-
heitspolizei und die städtische Polizei zurückzuziehen. In-
folgedessen hat der sogenannte Ränkenerausschuß, der sich
aus Unabhängigen, Kommunisten und Sozialisten zu-
sammensetzt, die Polizeigewalt an sich gerissen. Männer
in roten Binden verhielten sich in allen Ecken Markt
und Tanz, schloßen gewaltam die Autos und besetzten
am Abend das Elektrizitätswerk, so daß Jutta im
Dunkeln liegt, ausgenommen der Hauptbahnhof und das
städtische Krankenhaus. Tagelang sind auch alle Arbeit-
stätten ohne Licht. In der Bürgerstadt herrscht Empörung
über diese Vorgänge einer Handvoll Radikalen. Man
erwartet bestimmt, daß der Oberbürgermeister bei
den Verhandlungen sich auf kein Kompromiß einläßt, son-
dern energisch durchgreift. Das ist umso mehr notwendig,
als auch die Mehrheitssozialisten und das Gewerkschafts-
rat die diesen Ausschreitungen vollständig fernhalten.

Wurz. In voriger Woche sind bei einer heftigen
Kampfe Drillinge angekommen. Alle drei sind Mädchen
und befinden sich wohl.

Mühlberg. Einen unglücklichen Abschluß nahm
Donnerstag nachmittag eine Wasserpartie, welche zwei
junge Huberer von Dresden aus unternommen hatten.
Oberhalb der heftigen Rahnfähre begeben sie die Tal-
fähre, als ihnen ein Schleppzug entgegen kam, in dessen
Anhang sie ihr kleines Boot, welches nur einen Huberer
und einen Steuermann faßt, zurückbringen wollten. Beide
waren schon in das Heideboot des Elbtaltes gestiegen, als
eine Welle in das Heideboot schlug und es zum Sinken
brachte. Um das Boot zu bergen, sprang der eine Huberer,
der 18 Jahre alte Gymnasiast Fehle, in den Strom, kam
aber nicht wieder zum Vorschein. Nebenfalls hat er einen
Beschlag erlitten, welcher seinem Leben ein jähes Ende
bereitet.

Wien. Ein unglücklicher Abschluß nahm
Donnerstag nachmittag eine Wasserpartie, welche zwei
junge Huberer von Dresden aus unternommen hatten.

Wien. Ein unglücklicher Abschluß nahm
Donnerstag nachmittag eine Wasserpartie, welche zwei
junge Huberer von Dresden aus unternommen hatten.

Internationaler Sozialistenkongress.

Wien, Genf, 21. Juli.
Generalsekretär Duhmans eröffnete vormittags 11 Uhr
den Internationalen Sozialistenkongress in
Genf. Anstelle des infolge von Erkrankung am Ent-
scheidungs verdrängten Arthur Henderson und des durch
dienstliche Geschäfte zurückgehaltene schwedischen Minis-
terpräsidenten Branding empfahl das Büro dem Kongress,
den englischen Delegierten Shaw zum Präsidenten und den
holländischen Delegierten Wiegman zum Präsi-
denten zu wählen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig an-
genommen.

Präsident Shaw nahm hierauf das Wort zu einer
längeren Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck
gab, daß die Arbeit des Kongresses zu einem einigermassen
positiven Ergebnis führen möchte. Er schloß die trost-
lose Lage der verschiedenen Staaten Europas und erklärte
mit Bezug auf Rußland, aus dem er erst vor kurzem als
Mitglied der englischen Delegation zurückgekehrt sei, daß
in dem Gebiet der Sowjetrepublik die Bevölkerung kaum
die Hälfte der ihr normalerweise zukommenden Ernährung
erhalte. Shaw kam sodann auf die in der Internationale
entgegenstehenden Gegensätze zu sprechen und erklärte, daß die
Internationale den Gedanken aufgeben müsse, ein ein-
heitliches, für alle gültiges Arbeitsprogramm in allen Län-

dern durchzuführen. Jedes Volk müsse seine vollkommenere
Freiheit behalten in der Bewirtschaftung des sozialen
Bienes. Es erscheine höchste Zeit, daß die Internationale
zu ihrem Wiederaufbau schreite, wobei sie sich auf gewisse
Grundsätze beschränken müsse, da doch niemals eine Um-
gestaltung aller Gruppen erstet werden könnte.

Zur Bewirtschaftung der sozialdemokratischen Ziele
müsse er die russische Methode ablehnen. Die zweite
Internationale dürfe sich aber nicht als Feind
Sowjetrußlands betrachten. Die Westmächte hätten die
Haltung gegenüber Sowjetrußland bereits wesentlich
geändert, wobei der Labour Party ein großes Verdienst
zukomme. Der zu erwartende Abschluß eines Friedens
mit Rußland werde auch den arbeitenden Klassen aller
Länder zugute kommen. Redner kam sodann auf den
russisch-polnischen Krieg zu sprechen, und gab da-
bei die Überzeugung Ausdruck, daß der polnische Vor-
stoß eine Folge von Abmachungen zwischen Polen und
dem ukrainischen Diktator Petljura war, auf Grund deren
Polen ukrainisches Gebiet in Besitz nehmen konnte. Der
Präsident erklärte sodann die sogenannte Berantwor-
lichkeitsfrage und gab der Entscheidung die Meinung aus-
druck, daß die Schuldfrage nicht mehr zum Gegenstand
eines Justiz auf einem sozialistischen Kongress gemacht
werden dürfe. Er schloß dem Kongress vor, daß
Parteien, die sich für die Verantwortlichkeitsfrage in-
teressierten, Vorschläge einbringen möchten, und daß dann
darüber einfach abgestimmt würde. Redner verbreitete
sich darauf über die Frage: Diktatur oder Demo-
kratie? und sprach sich mit aller Entschiedenheit da-
für aus, daß der Sozialismus auf dem Wege der Demo-
kratie seiner Bewirtschaftung entgegengeführt werden müsse.

Sodann machte Generalsekretär Duhmans die
Mitteilung, daß der Kongress voraussichtlich bis nächsten
Donnerstag dauern werde. Nach seiner Meinung dürfe
der Kongress nicht auseinander gehen, bevor er den Be-
richt der britischen Kommission, die in Rußland war, und
von der zwei Mitglieder, Präsident Shaw und Frau Snow-
den, anwesend seien, angehöre habe. Sodann teilte er
mit, daß er als Generalsekretär zurückzutreten gedenke und
eine Verlegung des Generalsekretariats von Genf nach
London empfehle.

Konferenz (Frankreich) erklärte, daß die französische
Delegation sich vorbehalten müsse, die Frage der Ver-
antwortlichkeit mit aller Freiheit zu diskutieren, da
genau diese Frage im Interesse der Parteilichkeit klar ent-
schieden werden müsse. Der Präsident empfahl, die Frage
der Verantwortlichkeit allein zu verhandeln, wenn der Be-
richt der dafür eingesetzten Kommission vorliege. Ab-
g. Dr. Braun (Deutschland) erklärte, daß die Deutschen
sehr wohl begriffen, daß die französischen und belgischen
Delegierten die Frage der Verantwortlichkeit nicht beiseite
lassen wollten, aber die Deutschen seien der Meinung,
daß es sehr schwierig sei, die Verantwortlichkeit am Be-
triefte festzustellen, da die Deutschen die einzigen seien,
die die Akten bisher vollständig veröffentlicht hätten. Kom-
mentar für die Diskussion der Schuldfrage und eine Debatte
über die Angelegenheit erweise den Deutschen für die Ge-
haltung der Zukunft des Proletariats erforderlich. Die Ver-
sammlung wurde nach einer Suspendierungsbekanntmachung für
Jaurès und die Schweiz um 12 1/2 Uhr mittags geschlossen.

Wien, Genf, 1. August.

Die vom Kongress eingesetzten Kommissionen begannen
gestern nachmittag ihre Arbeiten. Die erste Kommission
schloß dem Kongress vor, eine Kommission zu bestellen
mit dem Auftrage, Verhandlungen mit den Gruppen, die
der zweiten Internationale nicht angehören, einzuleiten,
um mit diesen zusammen eine einheitliche starke
Internationale zu errichten, auf der Grundlage der tra-
ditionellen und demokratischen Grundsätze des Sozialismus.

Die zweite Kommission prüfte die Frage der Schuld
am Kriege. Sie beschloß nach Anhörung der Dele-
gierten der am Krieg beteiligten Länder eine Unter-
kommission mit der Aufarbeitung einer Resolution zu be-
auftragen. Diese Kommission ist zusammengesetzt aus
Van Col-Dolland als Präsident und Konter-Franke, La
Fontaine-Belgien, Hill-England, Braun-Deutschland und
Engberg-Schweden.

Die dritte Kommission, welche die Sozialisierung
und das politische System des Sozialismus zu
prüfen hatte, beschloß, zwei Unterkommissionen dafür zu
ernennen. Anbezug auf die Sozialisierung verlangte die
Kommission ihre allmähliche Durchführung und inbezug
auf das politische System des Sozialismus empfiehlt sie
die Anwendung der demokratischen Grundsätze bei der
Industrieübernahme, d. h. Gewährung eines Einflusses der
Arbeiter auf die Verwaltung der Betriebe.

Die vierte Kommission, welche sich mit der Prüfung
der Mandate zu befassen hatte, und an welcher kein
deutscher Delegierter teilnahm, beschloß, die Frage der Ju-
ralassung der in Genf anwesenden französischen Dele-
gierten dem Kongress selbst zur Entscheidung vorzulegen, da
von verschiedenen Seiten die Eigenschaften der französi-
schen Delegierten als eigentliche Sozialisten in Zweifel ge-
zogen wurden.

In einer Besprechung der in Genf bereits anwesenden
Delegierten des Bergarbeiterkongresses wurde auf
Verlangen der Belgier und Franzosen beschloßen, die Frage
der Schuld am Kriege auch im Bergarbeiterkongress in
öffentlicher Sitzung zur Sprache zu bringen.

Die englische Delegation hat auf dem Kongress
die Vorarbeiten Internationale eine Entschloßung ge-
macht, in der die Regierungen Europas aufgefordert wer-
den, Mittel zur Schaffung von Einrichtungen und zum
Kauf der vorhandenen Einrichtungen zur Ernährung
der Kinder bereitzustellen. Die Entschloßung verurteilt
jeden Versuch, mit dieser Frage politische oder kom-
merzielle Zwecke zu verbinden. Die Mittel dürfen aus-
schließlich für unterernährte Kinder Verwendung finden,
gleichgültig, welcher Gesellschaftsklasse, welchem Lande und
welcher Religion sie angehören.

Wien, Genf, 2. August.

Die Kommission zur Prüfung der Verantwortung am
Kriege hat ihre Entschloßung mit Ausnahme der deutschen
Delegierten einstimmig angenommen. Der deutsche Dele-
gierter machte Vorbehalte für die Zustimmung der deutschen
Delegation, die wegen der Reichstagsversammlung getrennt
noch nicht vollständig war. Anwesend waren Braun, Ous
und Stämpfer; diese treffen noch weitere Delegierte ein,
darunter Scheidemann. In der 2. Plenarsitzung werden
dann die Deutschen vollständig sein. Die Entschloßung
über die Verantwortung am Kriege, mit Bezug auf die be-
kannte deutsche Denkschrift, betont besonders, daß die an-
wärtige Politik unter der Kontrolle der Volkvertretung
gehen werden müsse und daß die deutsche Revolution fünf
Jahre zu spät gekommen sei. Ferner betont die Ent-
schloßung, daß allgemein zugegeben werde, daß der Ein-
marsch in Belgien ein Verbrechen des deutschen Kaiser-
reiches sei und daß die elfte lotringische Frage, die schon
seit 1871 die internationale Politik demütigt habe, heute
für die deutschen Sozialisten nicht mehr bestehe. Die Ver-
pflichtung zur Wiederherstellung der Beziehungen des
Krieges läßt das republikanische Deutschland selbst. Eine
solche Ursache des Krieges sei die Handlung des Kapitalis-
mus, der unstillbare Anstich aber die Kopf- und Geis-
tlosigkeit der deutschen Reichsherrscher, die nunmehr durch die
deutsche Revolution gestürzt seien. Die Urheber der Kriegs-
schuld werden dem Abschluß der Wähler preisgegeben.

Der Wille zur Wiederherstellung des im Kriege zerstörten
und zum Kampfe gegen alle Kriegsgelüste wird im Geiste
der internationalen Einigung getätigt.

Das Gegenstück zu dieser Entschloßung bildet eine
zweite Resolution zur Frage des Friedens,
und des Bitterbundes, die in einer Unterkommission
gegenüber längerer Debatte war. Ferner wird dem
Plenium eine Entschloßung zur Entlastung und
Freigabe vorgelegt werden, über die sich die Deutschen und
Franzosen geeinigt haben. Keine Entlastung wurde über die
Verlegung des internationalen Sekretariats nach London,
für die in der Kommission keine Mehrheit zustande kam.
Diese Frage kommt vor das Plenium. Die Kommissions-
mehrheit schlägt vor, drei Sekretäre zu bestellen, von denen
zwei Engländer sein sollen. Die Engländer haben keinen
Auftrag von ihrer Partei, das Sekretariat anzunehmen und
behalten sich ihre Zustimmung vor.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Westpreussischer Aufruhr am das amerikanische Volk.
Freitag fand in Marienwerder eine große öffentliche Ver-
sammlung statt, zu der aus Stadt und Land, besonders
aus der bedrohten Weichselniederung, Hunderte erschienen
waren, um gegen die aus Paris herüberkommene drohen-
den Weidungen von der Abtretung eines Westpreußens an
Polen Stellung zu nehmen. Da im Obersten Rat Amerika
nicht vertreten ist, hat sich die Versammlung in letzter Stunde
mit einer einstimmigen Entschloßung an das amerikanische
Volk gewandt, das darin gebeten wird, sein mächtigstes
moralisches Wort zu Gunsten der zuerst von ihm ver-
büßten Grundzüge der Selbstbestimmung der Völker und der
Vermeidung jeden Anlasses zur Entstehung neuer Schwierig-
keiten in die Waagschale zu werfen.

Wiltgers Kartoffeln in Genf. Die heftige Gau-
gruppe des Reformbundes der Gutshöfe beschloß für die
ab 1. September zur Einrechnung kommenden Kartoffeln
mit einem Erzeugerpreis von 20 Mark pro Zentner zu-
frieden zu sein. Die in der Versammlung des Reform-
bundes erschienenen Gutswirte stellten sofort 100000 Str.
Gutskartoffeln zu diesem Preise zur Verfügung. Auch die
Saatkartoffeln hat sich bereit erklärt, pro Morgen An-
baufläche 30 Zentner Speisekartoffeln zu den ermäßigten
Sätzen zu liefern.

Kein Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.
Gestern wurde in Halle eine Versammlung der Vertreter
der Bergarbeiter-Organisationen und der Vertreter der Be-
sehrten aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier, aus
dem Casseler, Vornauer, Magdeburger und Anhaltischer Revier
abgehalten, die zu dem am 28. Juli gefassten Schiedsspruch
Stellung nahmen. Nach fast zwölfstündiger Ausdauer wurde
der Schiedsspruch von etwa 140 gegen 10 Stimmen an-
genommen. Die Arbeiter haben bekanntlich den Schieds-
spruch ebenfalls angenommen, so daß ein Streik im Mittel-
deutschen Braunkohlenbergbau dadurch verhindert wird.

Das Kreditabkommen mit den Niederlanden. Dem
Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über den am
11. Mai d. J. im Haag unterzeichneten Vertrag zwischen
der deutschen und der niederländischen Regierung über Kre-
dit- und Steinkohlenabkommen. Nach diesem Vertrage
gewährt die niederländische Regierung einen Kredit von
200 Millionen Gulden auf 10 Jahre zu 6 Prozent Zinsen.
Hierzu entfallen 60 Millionen Gulden auf den Bezug von
Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen
Ursprungs. Die übrigen 140 Millionen Gulden sollen zum
Ankauf von Rohstoffen aus beliebigen Ländern dienen.
Diese Rohstoffkredite sollen sich bis zur Höhe von 140 Mil-
lionen Gulden stets wieder erneuern. Als Gegenleistung
lieferet Deutschland an die Niederlande vier Jahre lang Steinko-
hlen, Weizen und Raps, und zwar mindestens 90000 To-
nennäßig zum jeweiligen Weltmarktpreis. Die nieder-
ländische Regierung hatte im April d. J. bereits einen
Vorschlag von 25 Millionen Gulden auf den Lebensmittel-
preis von 60 Millionen zum Ankauf von Rohstoffen ge-
macht.

Die Transporte von tschecho-slowakischen Soldaten.
Das Reichswehrministerium teilt mit: Die aus Sibirien
über Amerika kommenden und in Hamburg gelandeten
Truppen der Tschecho-slowaken werden im Einverständnis
aller Reichsbehörden durch Deutschland nach der Tschecho-
slowakei befördert. Die Transporte sind demnach nicht
geheim und verächtlich. Da entsprechend dem fernzeit mit
dem tschechischen Vertreter getroffenen Abmachungen den
Transporten noch vor ihrer Landung in Cuxhaven alle
Waffen und Munition abgenommen und diese in besonderen
komplizierten Wagen befördert worden waren, war eine
Entwaffnung unterwegs nicht mehr zu möglich. Eine tele-
graphische Anordnung des Reichswehrministeriums in diesem
Sinne ist daher auch niemals ergangen. Vom Reichs-
wehrministerium ist lediglich am 26. d. M. abends ein tele-
fonischer, am 27. Juli durch Telegramm bestätigter Befehl
ergangen, daß die Transporte, da ihre Durchführung durch
Taschen nach Bodenbad bei den tschechischen Eisenbahn-
betriebsräten auf Widerstand stieß, von Halle über Weihen-
fels, Saalfeld, Nürnberg und Regensburg weiter nach
Nürnberg Witten umzuleiten waren. Sie sind Freitag nacht
an die Tschecho-slowaken übergeben worden. Nach dem gleich-
falls schon vor mehreren Monaten getroffenen Abmachungen
trafen Freitag zwei weitere Dampfer mit rund 5000
tschecho-slowakischen Soldaten als letzte Rate in Hamburg
ein. Ihre Weiterleitung durch Deutschland ist in gleicher
Weise wie bei den früheren Transporten in Aussicht
genommen.

Frankreich.

Die sozialistische Partei feierte Sonnabend abend das
Andenken von Jaurès. Über 5000 Personen waren im
Ritzus versammelt, um dem Andenken des ehemaligen
großen Führers zu gedenken. Die Festsprache hielt der Pro-
fessor an der Sorbonne Lecoq. Im Namen der englischen
Sozialdemokraten sprach Vandenberg, der die Gelegenheit
zunahm, gegen Winston Churchills Artikel in „Evening
News“ zu polemisieren. Es wurde auch die Rede Ledebours
vertreten, die er selbst gehalten haben würde, wenn die fran-
zösische Regierung ihm die Grenzübertrittsvisa erteilt hätte.
Nach „Leuvre“ hat die Verhängung der Wählerverweigerung
an Ledebour in der Versammlung eine starke Unzufrieden-
heit hervorgerufen.

Die Sanjones-Ausgabe. Der französische Senat hat
Sonnabend festgestellt, daß nicht mehr als für 48 Milliarden
Banknoten ausgegeben werden dürfen.

Wegen des Duells. General Gallatin hat mit Unter-
stützung des Abbe Verrier und anderer Abgeord-
neter in der Kammer einen Antrag eingebracht, durch den
das Duell verboten werden soll.

Das Kohlenabkommen von Spa. Die Kammer hat das
Gesetz über die Vorkäufe, die auf Grund des Kohlenabkom-
mens von Spa Deutschland zu bewilligen sind, in seiner
Gesamtheit mit 356 gegen 169 Stimmen angenommen. Bei der
Abstimmung über den ersten Artikel des Gesetzes hatten
150 Abgeordnete sich der Stimme enthalten. — Der Senat hat
das Gesetz ebenfalls angenommen. — Der Verlauf der Kam-
merweisung am Freitag hat in politischen Kreisen nicht über-
rascelt. Man mußte, daß der nationale Block, als dessen
Schöpfer ja Millerand gelten darf, ihm seine Unterstützung
nicht verweigern werde, und daß damit das Finanzgesetz über
das Kohlenabkommen gerettet werde. Aus der Rede des be-
trifften nationalsozialistischen Deputierten Maurice Barres, der
einen heftigen Kampf für das weitere Vordringen Frank-
reichs in Deutschland führt, wurde hervorgehoben werden,

bei er aubetnanderichte, welche Vorteile Frankreich aus einem kriegs- und methodischen Vorgehen in den Abzinsungen ziehen könne. Die Summen, die man Deutschland vorzulegen, bildeten Gelegenheiten, um nützlich für französische Interessen zu arbeiten, aber auch zugunsten der rheinischen Bevölkerung. Die Uebernahme über die Verwendung des Geldes sei ein Element, durch das man eine französische Außenpolitik beginnen und die Rheinlandschaft besetzen könne. Es genüge nicht, das man die Rheinlande besetze, man müsse auch ein Aktionsprogramm aufstellen und den französischen Einfluß mit den Interessen und Interessen verknüpfen. Die Bevölkerung an der Ruhr und am Rhein hätten während des Krieges und seit Beendigung des Krieges schwer gelitten. Sie würden sich heute noch von der preussischen Verwaltung ausgebeutet, sie hätten Ordnung nötig. Der Rhein eine Vormundhaftrolle von allen Mächten übernommen werden. Diese Rolle könne noch durch eine weitergehende soziale Aktion verstärkt werden. In Offen habe man sich schon mit den Gewerkschaften und mit einzelnen Personen in Verbindung gesetzt, und man habe begonnen, über Ernährung und Wohnungsverhältnisse zu wachen. Das müsse vervollkommen werden. (Ministerpräsident Millerand rief dann aus: Sehr richtig.) Barres fuhr fort, man dürfe nicht Ereignisse abwarten, die Frankreich zwingen würden, die Ruhr zu besetzen. Schon jetzt könne man sich als Vertreter dieser Bevölkerung aufwerfen, mit der man durch das Kooperationsprotokoll enge Beziehungen geschaffen habe.

Dividenden.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Frankfurter Zeitung“ (582 vom 29. Juli):
In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Aktiengesellschaften in Form von Dividenden oder Gratifikationen ihren Aktionären Summen zuwenden, deren Höhe des allgemeinen Interesses wert sind. Wenn diese hohen Dividenden wenigstens noch ein Zeichen besonderer Prosperität der deutschen Wirtschaft wären! Aber wie es damit ausieht, ist zur Genüge bekannt. Diese hohen Dividenden sind in einer Zeit wie der heutigen, wo zwischen Kaufkraft und Preisen ständig die Kluft wächst, nur unzulänglich, indem ohne Rücksicht auf die kaufkräftigen Konsumenten die Preissteigerung angesetzt wird, oder „Konjunktur“-Gewinne gemacht werden. Man fragt sich: hat das Reich nicht Mittel und Wege, derart übermäßig hohe Gewinne von Gesellschaften für die Allgemeinheit zu erfassen? Warum greift der Staat nicht zu? Oder liegen die Gewinne offen zu Tage, er bedarf nur einiger Bilanzprüfer Steuerbeamten und einer entsprechenden Herabsetzung der Bilanzierungsvorschriften, um zu verhindern, daß ihm keine Beiträge in der Erhaltung entgehen. Angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage und der trostlosen Lage der Staatskassen ist es unerträglich, daß Dividenden verteilt werden, die nicht anders gekennzeichnet werden können denn als Lohn gegenüber der Last, unter der die Allgemeinheit leidet. Wir greifen gewagt einige Fälle der letzten Zeit heraus.

Die Ruderfabrik Clausig, die im Vorjahre ihren Aktionären ein großes Bezugsrecht in den Aktien warf, verteilt bei 1920 nahezu verdoppeltem Aktienkapital und bei dem gleichen Nettogehalt wie im Vorjahre 35 Prozent (Vorjahr 18 Prozent) Dividende. Öhren wir, wie die Fabrik dies erklärt: eine betriebende Ernte, eine sehr gute Ruderfabrik und eine günstige Verwertung aller Produkte. Und wie sieht es mit den Aktien aus? Bearbeitet wurden 200 000 Doppelgänger Ruder gegen 478 000 Doppelgänger im Vorjahre bei einem Rudererhalt von 18,15 Prozent gegen 18 Prozent. — Die Holzglashüttenwerke Ernst Winter, Aktien-Gesellschaft, im Internerubrunn verteilten 40 Prozent und überdies auf je zwei alte eine Gratifikation. Summa summatur also, von der Kapitalvermehrung und dem Kapitalgewinn abgesehen, 90 Prozent. Dabei hört man vielfach die Behauptung, daß das deutsche Glas nicht so recht konkurrenzfähig sei. — Die von Poncelet Glasfabrikwerke, Akt.-Ges., in Friedrichshagen verteilten 30 Prozent (i. V. 20 Prozent). — Noch einige Fabriken aus der Textilbranche. Es braucht niemandem ins Gedächtnis zurückgerufen werden, wie schwer es heute für die meisten Menschen ist, sich einen Anzug, sich auch nur ein Hemd zu kaufen. Trotz der angeblich so sehr herabgesetzten Preise, bei denen, wie immer in solchen Fällen, das Geld vorzuziehen ist als die Preisverhäufung. Aber sehen wir uns einige Ausstattungen an: die Norddeutsche Wollkammerei und Kammergarnspinnerei verteilte neben 12 (Vorjahr 10) Prozent Dividende nicht weniger als die Hälfte des Aktienkapitals in Form von Gewinnscheinen an ihre Aktionäre. — Die Gera-Greizer Kammergarnspinnerei gewährt auf je eine alte Aktie (in besonderer Form, die an der Ende nichts ändert) 1 1/2 Gratifikation: also das dreifache Aktienkapital! — Die Tüll- und Gardinenweberei, Akt.-Ges., in Planen beantragt 20 (Vorjahr 15) Prozent Dividende und mindestens Verdoppelung des 1,8 Mill. Mark betragenden Kapitals.

Im Weg und Ziel.

Original-Roman von Margarete Wolff-Heben
34. Fortsetzung.

„Die Stadt verliert an dem Fräulein nichts, wenn Sohn“, entgegnete der Alte mit einem verhaltenen Lächeln, der sich in folgenden Worten bis zur Unmöglichkeit steigerte. „In Berlin ist das Fräulein wohl besser am Platze. Hier gehört man immer noch zur Gesellschaft und muß notgedrungen auf Bitte und dies und das Rücksicht nehmen. In einer Großstadt taucht man unter und hat mehr Freiheit und das Fräulein wird die Freiheit für ihr heiliges väterliches Blut wohl brauchen.“
„Ja... ja.“ Der Alte lagte nun und rieb die Hände. „Aber Mann... Frau Ernestine hätte die Hälfte nicht billiger den Kopf. Fräulein Otmann ist ja ein bißchen anders, wilder, lebenslustiger wie die anderen jungen Damen hier. Aber es kann ihr doch keiner etwas vorwerfen.“
„So, na.“ Ferdinand Wiedenkamp wurde wieder eigenkinnig. „Ein bißchen anders, sagst du?“ Ein nettes Lächeln, wenn eine Dame es so weit gebracht hat, meilenweit auf dem Wege allein die Gegend zu durchkreuzen, um dann in Dorfstraßen zu hinarbeiten und zu rauschen. Die ist wie eine Tolle. Neulich ist sie in einem Gasthaus der Umgegend beim Regeln angetroffen worden. Ein nettes Lächeln.“
„Aber das alles weiß ich gar nicht. Das wird auch Fräulein Hindenberg nicht wissen. Das muß ich ihr sagen“, meinte Frau Ernestine ganz ernstlich.
Und nun hörte Rederecht gar nichts mehr von dem Verstehe. Nun stand er wieder draußen im Hof... Ein bißchen hatte ihn gepackt. Des Vaters Hof, sein wissendes Lächeln, und das ganze heimliche Verstehe waren Radeln, die sein Schuldempfinden wieder aufschalteten. „Schweig doch“, hätte er herrlich dem Vater zuraufen wollen, doch die gebietende Stimme war in sich selbst erstickt. Oder nein, nicht in sich selbst. Ihm war es gewesen, als läge er wieder ein paar blaue Augen mit dem heißen Schein entseffelten, leidenschaftlichen Lebens. Das hätte ihn summt gemacht. Das schickte nun wieder. Das würde jetzt wieder peinigende Reue, die da fragte: „Hat das Mädchen das heilige Blut des Vaters? Ja? Ja? Und hat mein brennender Atem an ihrem Ohr es zum Bewußtsein erweckt?“ Eine Antwort wollte er nicht. Nur eine dumpfe Dummheit leute sich ihm schmerzhaft über Denken und Empfinden...“

Man kann die Sache brechen und wenden, wie man will. Wer hat letzten Endes die Dividenden aus seiner Tasche zu zahlen? Der Konsument. Der Herr Finanzminister sei auf diese Verhältnisse hingewiesen. Oder: das Reich verwendet Milliarden für Lebensmittelerhöhungen — der Herr Wirtschaftsminister sei darauf hingewiesen, daß sich hier vielleicht ein ganz hübsches Geschäft für die notleidende Bevölkerung aus den Taschen der nicht notleidenden Bevölkerung sammeln ließe. Und schließlich sei der Reichstag einmal auf das dauernd wachsende Defizit im Staatshaushalt und auf seine Ursache verwiesen.
Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Alle Mehrbelastungen, die der Wirtschaft, die höheren Arbeitslöhne, die gesteigerten öffentlichen Kosten mit sich bringen, werden zähestens auf den Konsumenten abgewälzt, dem man glaubt, alles zumuten zu dürfen. Es ist sehr wertvoll, daß ein anerkanntes Handels- und Börsenblatt sich genötigt sieht, den Finger auf diese Punkte zu legen.

Sport.

Wahrsch. M. S. N. II: Serinswade I 1.8. Wettkampfschwimmungsplatz, nach fast 3 1/2 Stunden Schwimmen, beide Tore fielen in den letzten 10 Minuten, die Körperlich kräftigere Mannschaft hat geiegt. M. S. N. II: Spielvereinigung II 1:1. Schwimmsport. Aus Anlaß des Besuchs des hiesigen Schwimm-Club „Otter“ von 1908 in Großenhain, veranstaltete der dortige Schwimmverein gestern nachmittag ein Wettkampfschwimmen, bei dem wiederum unsere „Ottern“ 6 Preise davontrugen. Es erhielten im Damen-Schwimmen: 1. Preis Frä. Schult mit 24 Punkten; 2. Preis Frä. Böhmer mit 21 Punkten. Damen-Schwimmen: 1. Preis Frä. Peter (80 Meter) 1 Min. 11 Sek. Serinswadingen: 1. Preis Herr Claus mit 27 Punkten; 2. Preis Herr Wähler mit 24 Punkten. 100-Meter-Schwimmen: 1. Preis Herr Köhler mit 1 Min. 40 Sek.; 2. Preis Herr Körner mit 1 Min. 40 Sek. Jugendschwimmen: 1. Preis Herr Schöne mit 20 Punkten. Von den oben genannten Herren erhielten die Herren Wähler, Körner und Köhler als Preise Ehrenurkunden. Bemerkenswert ist noch hierzu, daß die sportlichen Leistungen des Schwimm-Club „Otter“ von 1908 bei den letzten stattgefundenen Wettkämpfen sehr zufriedenstellend waren.

Die französische Sports-Wirtschaft. Der französische Senat hat sich kürzlich mit einem Gesetz beschäftigt, durch das die körperlichen Übungen in der Erziehung und Ausbildung der Jugend zwangsweise eingeführt werden soll. Wie eine „Wettkampfsport“, so soll auch eine Sports-Wirtschaft bestehen, und zwar für beide Geschlechter. Man verliert mit diesem Sports-Gesetz nicht nur den Wunsch, aus den Franzosen ein „neues Volk“ zu machen, ihnen Gesundheit und Kraft zu verleihen, sondern die Maßnahme strebt auch mit der Herabsetzung der Dauer der militärischen Dienstzeit in Verbindung. Bei der wirtschaftlichen Krise hat man eingesehen, daß drei Jahre eine viel zu lange Zeit sind und daß man dadurch wichtige Kräfte der Wirtschaft entzieht. Deshalb hat sich der Kriegsminister Leleux bereit erklärt, die Dauer der Dienstzeit herabzusetzen, wenn die allgemeine Sports-Wirtschaft durchgeführt wird. Bereits vom 6. Lebensjahr an sollen körperliche Übungen zwangsweise in der Erziehung beider Geschlechter eingeführt werden. Die sportliche Ausbildung dauert bei der männlichen Jugend bis zum Eintritt ins Heer. Bei den Mädchen wird sie vorläufig nur während der Schulzeit durchgeführt werden. Es erhoben sich bei dieser Frage manche Bedenken, und verschiedene Senatoren gaben der Ansicht Ausdruck, daß die schwere Hand des Staates die freisinnige Arbeit der Mütter nicht zerschneiden dürfe. Man wird daher bei der Sports-Wirtschaft der Mädchen vorläufig beschränkt zu Werke gehen. Die zwangsweisen Körperübungen sollen bei den Kindern in erster Linie den Zweck verfolgen, die Atmungsorgane zu kräftigen, und zwar beginnt man bereits in so frühem Alter, weil derartige Übungen dann auf Lunge, Nieren und Nase den besten Einfluß ausüben sollen. Man wird zwischen diesen Übungen und dem eigentlichen Sports-Vorsatz unterscheiden. Die Kinder im jungen Alter werden zum Sports noch nicht zugelassen. Erst wenn die Knaben älter werden, sollen sie sich an Sports spielen beteiligen. Die Lehrer haben die Pflicht, die körperliche Entwicklung ihrer Schüler genau so zu überwachen wie die geistige. Das Gesetz sieht Prüfungen in den Körperübungen und Zeugnisse auf diesem Gebiete ebenso vor, wie in den wissenschaftlichen Fächern. Zur Durchführung dieser „Sports-Wirtschaft“ in ganz Frankreich ist die Anlegung einer großen Anzahl von Sportsplätzen notwendig, denn bisher hat die Entwicklung des Sports sehr darunter gelitten, daß keine Vertiefungen zur Ausübung vorhanden waren. Die Behörden von Paris haben sich bereits mit der Frage beschäftigt, die durch die Schließung der Festungswerke freigelegten Terrains in großem Maßstabe zu Sports-

sachen umzuwandeln. Die Kosten für diese Umwandlungen werden teils vom Staat und teils von den Departements und Gemeinden getragen werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 2. August 1920.

Rundgebungen gegen den Krieg.

Berlin. Die heutige Rundgebung im Lustgarten verlief in vollkommener Ruhe. Ein Zug von Kriegsinvaliden wurde vor dem Brandenburger Tor aufgestellt (Banntrief). Die Schilder, die die Bände mit sich führten, sprachen sich sämtlich für Abschaffung des Krieges aus. Im Lustgarten war die Anwesenheit so stark, daß der Verkehr behindert wurde. Besichtigungen des Banntriefes sind nicht vorgekommen. Auch sonst wurde die Ruhe nicht gebrochen.

Paris. Am Vortage des Aufbruchs des Krieges, wurde am Nachmittag vor dem Gebäude der internationalen Kommission eine Rundgebung gegen den Krieg und für den Stillstand der Waffenruhe abgehalten. Eine einstimmig angenommene Entschließung protestiert gegen die Bestrebungen, das Volk von neuem in einen Versteckungs-Krieg zu stürzen und verlangt von der Regierung die strikte Durchführung der Neutralität im Kriege zwischen England und Polen. Die Entschließung wurde dem Reichstag telegraphisch übermittelt. Die Rundgebung verlief ohne Zwischenfälle.

Dr. Simon über die Londoner Friedenskonferenz.

Wien. Die „Neue Fr. Presse“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simon, der in Bezug auf die Verhandlung, nach der die Londoner große Friedenskonferenz, auf der die stillen Fragen behandelt werden sollen, ohne Zuziehung Deutschlands abgehalten werden solle, erklärte, wenn diese Verhandlung richtig sei, so sei es sehr erträglich, daß England zustimme, daß über alle die großen Fragen, die zwischen England und Deutschland zu entscheiden seien, ohne Zustimmung Deutschlands entschieden werden solle. Im Verlaufe der Unterredung kam der Minister auf Österreich zu sprechen und erklärte, es gebe nur eine natürliche und rechtmäßige Lösung der deutschen Frage, daß sei der föderalistische Zusammenschluß aller deutschen Völker in Deutschland und Österreich.

Telegraphen- u. Fernsprechnetz in Pommern-Oberpommern.

Stettin. Der Leiter der Reichstelegraphie Dr. Brebow begab sich in Begleitung des Geheimrats Geperabend und Geimer an Bord eines Torpedobootes, um an der Leitung des Telegraphen- und Fernsprechnetzes zwischen Stettin in Pommern und Teltow in Preußen teilzunehmen. Nach glücklicher Verlegung des Kabels beabsichtigt der Postminister sich zur Eröffnung dieses politischen und wirtschaftlich für die abgegrenzten Reichsgebiete hochbedeutenden Verbindungsmittels nach Königsberg zu begeben.

Noch keine Nachricht über russisch-polnische Verhandlungen.

Warschau. Wie der „Temp“ mitteilt, ist bisher keine Nachricht über die Begegnung von Bevollmächtigten der Roten Armee und der polnischen Armee eingetroffen. Nach der „Chicago Tribune“ wird das amerikanische Konsulat in Warschau seinen Sitz nach Polen verlegen, wenn bis zum 2. August der Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjet-Rußland nicht unterzeichnet ist.

Die Entente kommt zu Hilfe.

Kopenhagen. Das amtliche Volkswirtschaftsblatt „Opbejt“ schreibt zu dem englischen Angebot, zwischen England und Polen vermitteln zu wollen, daß der Hauptfehler dieses Angebotes der sei, daß es zu spät komme. Die Entente hätte früher eingreifen sollen. Jetzt wolle England lieber direkt mit den Polen verhandeln und zwar wolle man in einem möglichst frühen Tone verhandeln, nicht etwa aus Egoismus für die polnischen Entscheidung und die polnische Bourgeoisie, sondern für das polnische Volk. England habe die richtige Methode, ein freundschaftliches Zusammenleben zwischen den russischen und polnischen und ukrainischen Bauern und Arbeitern zu erreichen.

Unruhe in Kiew.

Stettin. Die schwierige Lage Englands hat in Kiew zu offenen Unruhen geführt. Auf ein Gerücht hin, daß eine Reihe von Todesurteilen an politischen Gegnern vollstreckt worden sei, stürmte die Menge das Rathausgebäude. Die Bewegung in der Stadt ist im Wachen begriffen. Die Zeitungen mit Ausnahme der kommunistischen und unabhängigen Blätter haben ihr Erscheinen eingestellt. Die organisierte Arbeiterschaft fordert die Räterepublik und den Anschluß an Moskau.

Und nun schritt die Flurglocke. Friedrich kam mit schweren Schritten herein und reichte ihm Ingeborg Hindenbergs Anmortschreiben. Er nahm es, las es in der Tasche und wollte die Treppe zu seinem Zimmer emporsteigen. Doch der enttäuschte Ausdruck auf dem Gesichte des Alten erinnerte ihn an den Taler, den er für den Botengang versprochen hatte. So zog er erst seine Börse.
Nun sah er in seinem Zimmer und blickte auf das Briefblatt nieder, das Ingeborg Schriftgelehrte trug. Die Schrift: „Wertgeschäpfer Herr Wiedenkamp! Morgen muß ich einmal in unserer Villa am Strand am Meer sein, da hoffe ich, wenn das Wetter gut ist, einen Spaziergang über die Dünen machen zu können. Wenn es Ihre Zeit erlaubt, möchten Sie sich mir vielleicht an. Gegen 11 Uhr treffen Sie mich von der Villa Hindenberg. Es grüßt Sie Ihre Ingeborg Hindenberg.“
Das las er nun schon zum 10. und so vielen Male, doch es drang kein toller Jubel in ihm los. „Inge“, lächerte er leise, nachdenklich.
Dann fand er die halbe Nacht hindurch am Fenster. Noch nie hatte er die Schuld, die in der Welt war, so beargwöhnt, wie in diesen Nachtstunden. Er sah sein Leben, wie es Kreis um Kreis gezogen hatte, kleine, große, ganz große... bedrückende voller Schuld und Neid.
Dadurch hinweg aber erhob sich wieder, aus dem Dunkel dieser Kreise geboren, in den Farben der Zeit alternd, verheißungsvoll wie ein hoch sich wölbender Regenbogen, seine Sehnsucht nach dem neuen, älteren, aber erfüllteren Leben...
„Ich will ihr alles sagen“, dachte er, „alles...“
„Ich war und wer ich bin...“ Und bei diesem Gedanken wurde er ruhiger.
Aber als der Tag mit seinem hellen Licht da war, machte Bederecht Wiedenkamp sorgfältige Toilette. Dann ging er zur sechsten Stunde mit festen Schritten und in der etwas selbstbewußten Haltung des Mannes, der es zu was gebracht, und der eine Stellung einnimmt, aus dem Hause.
Und alles das, was er mit den Kleibern angeschlossen hatte, die er seiner Stellung schuldig war, blieb das Bestimmende, als er Ingeborg Hindenberg gegenüberstand. Sie hatten einander so viel zu sagen und sagten sich in Wahrheit recht wenig.
Ingeborg Hindenberg war in ihrem Wagen gekommen und ging schon wartend vor dem hohen Parkgatter der Villa auf und ab, als Bederecht Wiedenkamp aus dem Wirtshaus heraustrat, daß sich zwischen den Hühnerkästen und den Strandvillen hinaus.

Er gewahrte ihre schlante, elegante Gestalt so fern, und nahm schon von weitem den Out ab, den er in der Hand hielt.
Mit etwas beschleunigten Schritten näherten sie sich einander, sonst war nichts von innerer Unruhe bemerkbar. „Reinen besten Dank für die Antwort von gestern“, sagte er, indem er sich tief vor ihr verneigte. Ihre Hand berührte er wohl fest und lange und der warme Glanz war auch in seinen Augen.
Er legte dann den Out auf und sie gingen nebeneinander her, in die Dünen hinein.
Sie bedachte am ganzen Körper, doch es kam kein Laut aus ihrem Munde. Ihr Herz klopfte zum Zerplatzen und sie dachte wieder und wieder: Diese Stunde entscheidet über mein Schicksal.
„Unabhängiges Fräulein“, fragte er nach einer Weile des Schweigens, zwar mit erregt bebender Stimme, aber doch in durchaus wohlgelegter Form an, „darf ich glauben, daß ich mich bei Ihnen nicht getraut habe, als ich ein tiefes Interesse für meine Persönlichkeit in Ihren Augen erkannte?“ Und sie entgegnete nach einer Pause leise und mit gesenktem Kopfe: „Sie haben sich nicht getraut.“
„Inge... also meine Inge...“ Er nahm ihre Hand und hielt sie fest in der seinen, und so schritten sie wortlos weiter in die Dünenwildnis hinein.
Inge, die ihm hatte sagen wollen: „Wieder, seit die Arbeit über mich kam, bin ich ein grenzenlos zerquälter Mensch. Und wagt du, wodurch Klugheit und Mithrasen in mir entstanden sind...“
„Ich hatte schon einmal mein Herz an einen Mann verloren...“
„Aber ich brauche kein Wort von dem heraus, das mich alles in ihr liegen, von der Macht, die dem Augenblicke innewohnt, erdrückt. Und was ist so, von dem ich, warmen Druck seiner Hand geföhrt, seinen ihm ging, erfahren ich diese Reichte auch überleben, und sie genierte sich auch ein wenig vor seiner stillen, tiefen, einfachen Art.“
Und Bederecht Wiedenkamp fand ebenfalls nicht die Sprache für das, was ihm unzählige Male in stillen Minuten bewegt hatte. Inge erfuhr nichts von den Idealen seiner Jugend, nichts von dem Menschen, der er gewesen und auch nicht von seinem Sehnen nach dem Kindeswerden.
Nach langem Schweigen fragte er plötzlich: „Inge, ich hatte damals gehofft, dich in Berlin zu sehen, als dein Vater zur Jagd kam?“
„Das wurde mir auch schwer genug, hier zu bleiben, die alte Maske lag aber auf dem Tob, sie war die Dämonin meiner verbotenen Mutter.“

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute zum letzten Mal: Dämon der Welt III. Teil.
Ab Dienstag bis Donnerstag, den 5. August:
Eine Frauenbeichte Tragödie in 5 Akten von Ruth Goetz
Der Klub der Weiberfeinde. Lustspiel
Der Klapperstorchverwand. Lustspiel
 Boranzeige! Freitag, den 6. bis Montag, den 9. August
 Das große Kundstimmung-Spektakel
 Lotte Neumann!

Meine Verlobung mit Frieda...
 Gröba, Weiststraße 17.

Widerruf.
 Wenn Herr Paul Kettig, Meißner Str. 1, die Belästigung wegen seiner Frau nicht lassen will, da sie auf Wahrheit beruht, dann bitten gerichtliche Entscheidung zu veranlassen Emil Kerschmar, Hauptstr. 1, Hermann Kettig, Elbstr. 9.

Die erkannte Person, welche mir in der Nacht vom 31. 7. bis 1. 8. mein Rad gestohlen hat, wird ersucht, dasselbe binnen 3 Tagen wiederzubringen, da ich sonst polizeiliche Schritte in Anspruch nehmen werde.
 Otto Lucas, Mantelstr.

Verloren
 am Sonntag mittag von armer Frau ein Buch mit Papiergeid u. 2 Lotterielosen von R. W. Pl. bis Bahnhof. Bitte abgab. Quersack 2.

Glace-Sandwich verloren u. Hauptstr. bis Großenbühner Straße. Bitte abzugeben bei Friseur Böhlh. Hauptstr. 73.

Leerliegendes Zimmer
 für sofort zu mieten gesucht.
 M. Salzmann, Schützenstraße 33, 1.

Wer tauscht
 in Riess Wohnung mit Neuweiba. Zu erfragen Riess, Bismarckstr. 28, 2. r.

Suche 1500 Mark
 gegen Bürgschaft an 10% zu leihen. Offerten unter E C 5530 an das Tageblatt Riess.

Gertr. 23 Jahre, m. Erbpfl.
 nissen und autem Charakter. wünscht Damenbekanntschaft (20 bis 26 Jahr), Witwe mit Kind auch sehr angenehm. zwecks späterer Heirat. Off. mit Bild erbeten unt. A C 5526 an das Tageblatt Riess.

Jünger solider Mann,
 25 Jahre alt, sucht Bekanntschaft mit solidem Mädchen im Alter v. 23-25 Jahren zw. sp. Heirat. Offerten, mögl. m. Bild, unt. D C 5529 an das Tabl. Riess.

Hausmädchen
 sucht zum 1. September
 Ferdinand Müller, Hauptstr. 70.

Wachfrau nimmt noch Waschen an. Offerten unt. C C 5528 an das Tabl. Riess.

Aufwartefrau gesucht
 Bettinerstr. 27, 1.

Gesucht wird für 1. Sept. ein fleißiges und orientiertes Hausmädchen.
 Frau Marie Kühner, Bettinerstr. 6.

Ein in häuslichen Arbeiten erprobtes Mädchen
 welches schon in besserem Haus gedient hat, für 1. Sept. gesucht. Kochen nicht erforderlich. Vorausstellen bei
 Frau Therese Sieber, Augustastr. 2, 2.

Stubenmädchen
 wird zum baldigsten Antritt gesucht.
 Raffe, Rail.-Frs.-Voleph-Str. 34.



Viscitin

kräftigt alle!

Kinder, Unterernährte, Kranke, Rekonvaleszenten, Bleichsüchtige, Blutarme, Magen-, Darm-, und Lungenleidende.

Alleinverkauft:
Med.-Drogerie A. B. Hennicke.

Suche zum sofortigen Antritt wegen Verheiratung des jetzigen ein lauberes

Mädchen
 für Küche und Zimmer bei hohem Lohn.
 W. Schmidt, Restauration, Schumannweg bei Dablen.

Sucht u. Magd
 auf einen Hof nach Pommern sofort oder später gesucht.
 W. Grams, Gröba, Lieberlandzentrale 2.

Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.

Nur noch heute: Das Brillantenschiff. 2. Teil. Die Spinnen.
 Ab morgen Dienstag bis Donnerstag
Morel, der Meister der Kette. I. Teil.
 Detektivdrama, spannend von Anfang bis Ende.
 sowie das Lustspiel: **Karlchen wird hypnotisiert.**

Eine jüngere **Putzuarbeiterin** sowie eine **lernende Verkäuferin** werden gesucht.
Albert Tropilowitz Nachf.

Ein Pferd, unter zweien die Wahl, ist zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riess.
 Eine alte geb. Weibbluse sofort zu kaufen gesucht. Off. m. Preis u. B C 5527 an das Tageblatt Riess.

Cutaway. neu, für mittelkräft. Person, sehr preiswert zu verkaufen. Zu erst. im Tageblatt Riess.
 2 P. gutech. weiche Schuhe, Gr. 33 u. 34, zu verkaufen Wilhelmstr. 12, v. r.

1 geb. Herrenrad mit guter Gummibereifung und 1 Knabenrad mit Spiral-Bereifung billig zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riess.

1 neuer Sportliegewagen zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riess.

Guterh. weißes Kinderbett zu verkaufen Hauptstr. 39, 3.
 Guterh. Kuchengerät für 600 Mark zu verkaufen. Zu erst. im Tagebl. Riess.

Brikett-Ausgabe im Hafen
 Dienstag, 3. August, vorm. 7-12 Uhr auf alle Restnummern der Zulkarten.
Paul Benzel, Gröba.

Brikett-Ausgabe im Hafen
 am Dienstag, den 3. August, vormittags 7-11 Uhr Nr. 401-600 der Zulkarten.
 Bontner 14.60 M.
Richard Geffert, Gröba.

Richtene u. tief. Stoffen
 10 cm stark, bis 40 cm breit, billig abzugeben. Zu erfragen Schiffbauerei Gröba.

Stadipark Riess.

Dienstag, den 3. August
großes Extra-Konzert.
 Kapelle Kaiser. - Anfang 8 Uhr abends.
 Eintritt 1.50 einschließlich Programm.
 Es laden ergebenst ein
Otto Weser u. Frau.

Vereinsnachrichten

Kriegerverein „Adria Albert“, Riess. Morgen Dienstag 8 Uhr Versammlung in der Elbterrasse.
Sportverein, e. V., Riess. Am 3. 8. abends 8 Uhr wichtige Vorstandssitzung im Cafe Wolf. Mittwoch Fußball. Freitag Wanderabend mit Damen; 8 Uhr bei Bart. Dienstag und Freitag Leichtathletik.
Verein der Beamten d. vorm. S. St. E. Sonntag, den 3. August, nachm. 2 Uhr Sommerfest in der Chemnitzer Höhe, Eing. Dübener Str. Einlaßkarten b. 4. Aug. lösen. „Sängertrupp“. Mittwoch 8 Uhr mit Frauen Feldschützen.

Billig! Zitronen! Billig!

Heute sind 100 Kisten prima frische, gesunde Zitronen, sowie ein großer Vorkauf Beigen eingetroffen und empfiehlt billig
S. Grubbe, Bismarckstr. 35a. Telefon 652.

Der Einkauf von Lumpen, Wolle Papier und Flaschen findet im Hotel Kronprinz weiter statt.

Adolf Kramp
Martha Kramp geb. Seiß
 Vermählte
 Berlin den 2. 8. 20. Riess

Am 31. 7. nachmittags verschied nach langen schweren, mit Geduld ertragenen Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte
Minna Paul
 im Alter von 21 Jahren.
 Dies zeigt tiefbewegt an
Familie Paul.
 Merzdorf, am 2. August 1920.
 Die Beerdigung findet Mittwoch mittags 1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Öffentliche Versteigerung!

Montag, den 16. August 1. 3., vorm. 9 Uhr, veranfaßt im Auftrag der Firma Streblauer Dampf- und Holzwerk, Strebla, in einer Streiftische gemäß § 373 des S. G. B. auf dem Lagerplatze der obengenannten Firma in Strebla:

ca. 3 ¹ / ₂ obm	Fichtenblöcke 3 ¹ / ₂ m aufm. lang
18	50cm. Blockflöße 3 m aufm. lang
12	24 mm Einfschubretter 2 m lang
6	desgl. 3 m aufm. lang
4	15 mm Deckenschalung 2 m "
3	18 mm Kistenretter 3 m "

öffentlich gegen Barzahlung an den Meistbietenden.
 Strebla-Elbe, 31. 7. 20. Neuer, Lokalführer.

Brikett-Ausgabe
 Dienstag, den 3. August, Nr. 1-300, für Monat August je 3 Str. Preis per Str. M. 14.15.
A. G. Hering & Co. Tel. 130.

Gesiebte Rohbraunkohle
 offeriert laufend in großen und kleinen Posten
Oscar Santusch.

Rohbraunkohlen
 tüchtigt ungelesene Förderkohle, trockene Ware, hoher Heizwert, ohne Bezugsgeld per Bahn lieferbar. Wir empfehlen Landwirten, Kleingewerbetreibenden, Behörden und Anhalten, umgehend ihren Winterbedarf einzudecken.
Braunkohlengrube Gotthold
 G. m. b. H. Osterwerda.

Für all' die Liebe und Verehrung beim Helmgang unsrer teuren Mutter
Frau Caroline verw. Frommhold geb. Pohlers
 danken wir von Herzen.
 Im Namen unserer Geschwister
Johanna Radleke geb. Frommhold
Hedwig Justin geb. Frommhold
Curt Justin
Gustav Radleke.
 Riess, den 2. August 1920.

Höneraugensalbe
 bei Hühneraugen, Bellen, Hornhaut, Warzen, Dole 8.50.
 Fabrikant und Vertrieb
Wolfscher Tracel, Erfurt.
 Zu haben in Gröba a. E. in der Anter-Apothek.

Mutter Spritzen
 Frauenärztin
 Elyas
 Zwillfauen
 Gummischlauch
 Gummifänger
 Gummianterlagen
 Wundelosen
 empfiehlt billigt
Max Werner
 Hauptstr. 65.

Heu
 zu kaufen gesucht.
Otto Gundermann,
 Rohschlächtere Riess.

Alle Sorten Stroh
 (alter Ernte)
 kauft waggonweise gegen Kasse bei Uebernahme
Max Schumann
 Getreidegeschäft
Bahnhof Böhlh.
 Fernspr. Amt Großenbain 50.

Birnen sowie Pflanzen
 sucht in Ladungen zu kaufen
 H. Bittel, Mühlbock
 bei Tiefenfurt D. R.

Kaule Birnen
 Pflanzen
 zu den höchsten Tagespreisen.
 Karte genöt. Dole selbst ab.
Richard Unger,
 Rändrich Nr. 64.

Gurken
 zu verkaufen Grödel Nr. 10.
H. Margarine
 Pfund 12 M., eingetroffen.
Paul Schautschik,
 Bettinerstr. 5.

Räucherheringe
 frisch und billig bei
S. Grubbe,
 Bismarckstr. 35a. Telef. 652.

Morgen Dienstag früh
H. Schellfisch
H. Seenaal ohne Kopf.
Clemens Bürger.

Morgen früh trifft
 hochfeiner
Schellfisch
 frisch auf Eis ein.
Ernst Schöler Nachf.

la. Olivenöl
 Pfund 18 M., empfiehlt
Eduard Müller,
 Röhrestr. 18.

Gasthof Sabelfeld.
 Mittwoch, 4. August, ladet zur
Balmusik
 Anfang 7 Uhr, ergebenst ein
E. Hornemann.

Heute früh 1/3 Uhr verschied nach kurzem, aber schweren Leiden unser kleiner Liebling Heinz. Dies zeigt tiefbetruert an
Familie Karl Voßhede.
 Röhrestr. 18.

Die heutige Nr. umfaßt 3 Seiten.

Was wird aus dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs?

Von Prof. Dr. Armin Kohner, Obmannstellv. des Anschluß-Ausschusses des Tiroler Landtags.

Das alte Oesterreich hat auf Grund des von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Waffen gekreuzt. In den Friedensverträgen von St. Germain und Versailles wurde dieses sakrale Recht wohl den nicht deutschen Stämmen im weitesten Ausmaß zugesichert, den Deutschen aber vorenthalten. So entstand die Republik Deutsch-Oesterreich, ein koalitisches Gebilde, das den Todesstimm schon im Augenblicke der Entstehung in sich trug.

Wahr noch als der Weltfrieden leidet aber das Land Tirol unter den Folgen des Krieges und unter dem im Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain ausgesprochenen Anschlußverbot. Dieses arme Land hat durch vier lange Jahre die Schreden und Greuel des Krieges am eigenen Felde verspürt; wegen ihrer Tapferkeit und Verlässlichkeit wurden die Tiroler im Kampfgesammler Heide dort verwendet, wo die höchste Gefahr, die größte Hebermacht der Feinde die größtenteils Verluste bedingte, so daß Tirol nicht nur eine unendliche Anzahl von Taten betrauert, sondern auch eine endlose Schar von Invaliden im Alter von 18 bis 50 Jahren und darüber hinaus beklagt; Tirol beweint ferner vorläufig den Verlust des irdischen, bürgerlichen Glückes, seiner fruchtbarsten und wirtschaftlich kräftigsten Geschäfte. Die Nähe dreier Grenzen begünstigt ganz besonders den Schleichhandel, durch den ein gut Teil der spärlichen Bodenprodukte und des wenigsten von der Kriegssünder verschonten Viehes in das Ausland verschleppt wird; die große Entfernung von der Hauptstadt der Republik, die geradezu fabelhaften Frachtarife, ein Zollanschlag von 1900 v. G. auf die aus dem Auslande eingeführten Waren, die traditionelle Vernachlässigung von Seiten des Staates — diese Umstände haben eine unglückliche Teuerung und, was noch viel schmerzlicher wiegt, eine allgemeine Hungersnot hervorgerufen.

Die Leiden Deutsch-Oesterreichs und Tirols haben aber ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Die bisher mühsam aufrecht erhaltene spärliche Produktion ist wegen des Mangels an Rohstoffen und an Kohle in schwerer Gefahr, gänzlich lahmgelegt zu werden, wodurch die Kreditfähigkeit der Republik naturgemäß weiter sinken muß. Viebesgaben aus Amerika und anderen Ländern sind unter solchen Umständen nur ein Tropfen ins Meer und die von der Entente gewährten oder in Aussicht gestellten Kredite bringen wohl augenblickliche Besserung, für später aber nur neue Anleihe und neues Elend, denn jeder Einkäufer weiß, daß eine Wiedereinlösung der schon gegebenen und noch zu gewährenden Pfänder für alle Zeiten ins Reich der Unmöglichkeit gehört.

In der feilschsten Ueberzeugung, daß wir nicht einer Hilfe bedürfen, die nur politische und geschäftliche Ziele der Ententemächte zu demüteln und zu erreichen beabsichtigt, sondern einer Unterstützung, die aus kameradschaftlicher Liebe, im gegenseitigen Interesse und frei von Eigennutz gewährt wird, hat der Tiroler Landtag in seiner Sitzung vom 4. Mai den Beschluß gefaßt, einen händigen Anschluß-Ausschluß zu wählen, und mit der Aufgabe zu betrauen, alle nur denkbaren Schritte zu unternehmen, um eine Revision der Friedensverträge von St. Germain und Versailles zu erreichen, dadurch ganz Deutsch-Oesterreich in das Recht der Selbstbestimmung einzuführen und dem Deutschen Reich die Möglichkeit zu bieten, den politischen Anschluß zu vollziehen. Demnach wird es die ehrenvolle, wenn auch schwierige Aufgabe der meiner Leitung unterstehenden Politischen Gruppe sein, die anschließende Reise in den Ententeländern von der Unmöglichkeit des Anschlußvertrages zu überzeugen und endlich der Aufhebung desselben geneigt zu machen.

Da diese Aufklärungsarbeit voraussichtlich aber viel Zeit und noch mehr Gebühde erfordert wird, wurde dem Anschluß-Ausschluß die weitere Aufgabe gestellt, unverzüglich alle Vorarbeiten zu beginnen, um so bald als möglich vorerst wenigstens das zu erreichen, was durch die Friedensverträge nicht ausdrücklich verboten, also nach freiem Ermessen Deutsch-Oesterreichs und Oesterreichs bezw. Tirols durchführbar ist; den wirtschaftlichen Anschluß.

Zu diesem Zwecke wäre die Aufnahme Tirols in das deutsche Wirtschafts- bezw. Ernährungsgebiet anzustreben und eine Durchdringung des Landes mit deutschem Unternehmertum und deutschem Kapital anzubahnen. Die unerlässliche Voraussetzung hierzu wäre eine gründliche Umgestaltung unseres Volkswesens, wobei mir die Erklärung Tirols zum deutschen Zollanschlussgebiet vor Augen schwebt. Die Gemeinde Mittelberg in Vorarlberg und einzelne Ortschaften Tirols genießen bereits diesen Vorzug und man möchte annehmen, daß für ein Teil — Tirol in seiner heutigen Gestalt besteht im wesentlichen nur mehr aus dem Frontal — wohl erreichbar wäre, was einzelne Gemeinden bereits besitzen. Hand in Hand mit diesen wirtschaftlichen Vorlesungen könnte und müßte allmählich oder an einem bestimmten Tage die Einführung der Marktwährung durchgeführt werden. Inzwischen muß die Tirolische Landesverwaltung und die gesamte Verwaltung dem deutschen Vorbilde möglichst angelehnt werden.

Gruppen für Ernährungswesen und Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe, Verkehrswesen, Wasserkräfte und Elektrizitätswesen, Finanz- und Postwesen, Verfassung und Verwaltung, sind mit den erforderlichen Vorarbeiten betraut.

Daß dieselben zu einem glücklichen Ende führen — das wolle Gott!

Arbeitsortarbeiterfreiz in Kiel. Aus Anlaß des vom Bund der Arbeitgeber zum 1. August beabsichtigten Lohnabbaues haben Handels- und Transportarbeiter die Arbeit Sonnabend vormittag eingestellt. Freigegeben wurde die Tätigkeit in der Reichsbekleidung und Milchverarbeitung sowie in zwei großen Brotfabriken, die sich dem Vorgehen der Arbeitgeber nicht angeschlossen haben.

Die Sowjetregierung stärker denn je.

Neuerungen Krassin.

in Stockholm, 2. August.

Krassin erklärte einem Vertreter der schwedischen Presse gegenüber, daß die Sowjetregierung sei gewillt, allen ausländischen Investitionskapitalen ihr Eigentum in Russland zwecks Wiederaufnahme der Betriebe zurückzugeben, dahin aufzufassen sei, daß auf einer allgemeinen Friedenskonferenz Russland sich vielleicht bereitfinden würde, unter gewissen Voraussetzungen mit ausländischen Besitzern zusammenzuarbeiten, um ihnen die Wiederaufnahme des Betriebes zu ermöglichen und Rohstoffe und Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Für dieses Entgegenkommen der Sowjetregierung müßte ein Teil der produzierten Waren Russland ausfallen, während der andere exportiert werden könnte. Es würde in Russland aber niemals mehr einen freien Export geben, dieser würde vielmehr der Regelung durch das Volkswirtschaftsamt für Außenhandel vorbehalten sein. Ausland verläßt über Waren für 1/2 Milliarde Kronen. Auch Weizen sei reichlich vorhanden. Die Hungersnot sei begründet in den herrschenden Transportverhältnissen. Bei dieser Gelegenheit erklärte Krassin auch, daß die Sowjetregierung auf die bolschewistische Propaganda verzichten werde. Die wenigen hierfür geeigneten Kräfte würden im Lande selbst zur Leitung der sozialistischen Betriebe gebraucht. Die Sowjetregierung sei härter denn je und keine feindselige Reaktion werde im Stande sein, sie zu kürzen. Wenn es gelänge, ein hartes geordnetes kommunistisches Russland aufzubauen, so werde das besser der Ausbreitung des Kommunismus dienen als jede Propaganda.

Humanitäres Ultimatum an Russland.

Die rumänische Regierung hat an Russland eine Note in Form eines Ultimatums mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen aus Bessarabien sofort zurückzuführen. Der Sowjetregierung wurde eine dreiwöchige Frist angedreht. Wie verlautet, wird Rumänien die Mobilisierung anordnen.

Aus Paris Moskau wird gemeldet, daß einige tausend rumänische Deserteure nach Jugoslawien geflohen seien. Bei ihrer Internierung erklärten sie, daß sie dem Rufe zur Fahne nicht Folge leisten wollten, weil der Krieg mit Russland bevorstehe. Die Bolschewiken haben tatsächlich die rumänische Grenze am Sonnabend überdrückt.

Der Bericht der Ententekommission.

Der erste Bericht der französischen und englischen Militärkommissionen empfiehlt die Abwendung von Munition für Polen, die Verwendung von 600 französischen und 200 englischen Offizieren an der Front und die Umgruppierung der polnischen Armee, die hauptsächlich in Truppenverchiebungen von Galizien an die Nordfront bestehen sollen. Im Zusammenhang damit wurde beschlossen, daß Frankreich Munition über Danzig nach Polen senden soll.

Kuonikowa befehlt.

„Berlinische Tidende“ meldet aus Romo: Nach hier eingegangenen unzuverlässigen Nachrichten haben die Bolschewiken Kuonikowa befehlt. Die Polen haben sich auf Suwalki zurückgezogen, dessen Bevölkerung die litauischen Truppen im Gebiet von Mariampol erlucht hat, die Stadt zu besetzen, ehe die Bolschewiken es tun.

Wie die Loder Zeitung mittelt, haben die italienischen Besatzungstruppen am Freitag morgen Lod

mit einem Sonderzug über Krys-Zensburg verlassen, bis auf ein geringes Kommando, das wahrscheinlich noch bis zur Uebergabe der Kasernen hier bleibt. Die Truppen werden zunächst nach Allenstein gebracht. Der Kontrolloffizier Oberstleutnant Blo bleibt einweilen noch in Lod. Die Loder Zeitung fügt hinzu, daß von einer Bewegung in Lod nichts zu spüren sei, die Stadt sei völlig ruhig.

Aus Berlin wird gemeldet: Wie erinnerlich, ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris am 21. Juli eine deutsche Note überreicht worden, in der die deutsche Regierung um Zustimmung zu den zur Wahrung der Neutralität an der Ostgrenze erforderlichen Maßnahmen gebeten hat. Unter anderem war gebeten worden zu gestatten, daß die zur Wahrung der Neutralität und für den Schutz der Grenze erforderlichen Truppen durch die Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder an die Grenze geschickt würden. Nach Meldungen aus dem Osten haben sich die interalliierten Truppen des Abstimmungsgebiets von der Grenze zurückgezogen. Gegenwärtig ist die Lage die, daß an der Grenze des deutschen Abstimmungsgebiets keine genügende Wehrmacht steht, um Zwischenfälle zu verhüten. Eine auf deutsches Gebiet übergetretene polnische Truppenabteilung ist von der Sicherheitspolizei entwaftet worden. Mit Rücksicht auf die zunehmende Schwierigkeit der dortigen Lage ist jetzt von der deutschen Regierung in Paris die Bitte ausgesprochen worden, die Antwort auf unsere Note zu beschleunigen. Die Militärbehörden im Grenzgebiet sind angewiesen worden, nach Lage der Umstände zu verfahren. Das Nebertreten weiterer polnischer Truppen und ihr Aufenthalt im Osten kann zu unerwünschten Folgen führen. Die Entente ist deswegen gebeten worden, für den Abtransport übergetretener Polen nach Innerdeutschland Schiffsraum zur Verfügung zu stellen.

Hinziehende Taktik der Bolschewiken.

Pariser Blätter berichten, die Taktik der Sowjetregierung gebe, wie ein abgelaugener Junkspruch beweise, darauf hinaus, die polnischen Delegierten bis zum 4. August hinauszuziehen. Erst an diesem Tage wolle sie ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitteilen.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Graf Oberndorf, der sich mehrere Tage zu Besprechungen in Berlin aufgehalten hat, kehrt gestern auf seinen Posten zurück.

Der Artikel Churhill.

In der „Evening News“, der sich mit der Errichtung einer „deutschen Barriere“ gegen Sowjet-Russland befaßt, hat in der englischen Presse großes Aufsehen erregt. Es wird hervorgehoben, daß Churchill im vorliegenden Falle lediglich seine eigene Meinung geäußert habe und daß diese Meinung der von Lloyd George zwar nicht direkt entgegengekehrt ist, aber auch nicht mit dessen Ansichten übereinstimmt. Der „Times“, die der Ansicht ist, daß Churchill Recht hat, wenn er die Notwendigkeit der Verteidigung Polens hervorhebt, kritisiert doch den Minister, welcher auf garabewohl Artikel an die Presse sende, ohne sich vorher die Freiheit des Handelns durch ein Abstimmgesetz verschafft zu haben. — „Westminster Gazette“ schreibt: Churhill's Sprache ist unerschrocken. Das Wichtigste in seiner Erklärung ist, daß sie von einem Mitglied eines Kabinetts kommt, dessen Premierminister sich nach Kräften bemüht, den Frieden mit Russland zu handhaben.

Deutscher Reichstag.

mit. Berlin, 31. Juli.

Haas und Tribünen sind nur schwach besetzt.

Das Entwaffnungsgesetz.

verlangt Ablieferung aller in der Bevölkerung vorhandenen Militärwaffen an den Reichskommissar zu bestimmende Stellen. Dazu gehört auch Munition oder Teile von Militärwaffen. Wer innerhalb der festgesetzten Frist die in seinem Gewahrsam befindlichen Waffen abliefern, bleibt straflos. Wer das nicht tut, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 300 000 M. bestraft. In schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren erkannt werden. Vorge schlagen ist Ueberweisung an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Reichsminister Koch.

weist auf die ungeheure Aufgabe hin, die uns in Spa auferlegt, sie lasse sich nur mit dem Volke lösen. Sie sei um so schwerer, als die Frist zu kurz bemessen, als daß das Reich sich erst mit den einzelnen Ländern ins Benehmen setzen könne. Die Zahl der Waffen sei nicht mit Sicherheit anzugeben, es werde nach der Schätzung angenommen, daß es sich um 1,9 Millionen Stück handle. Erwidert werde die Sache durch das Militärwesen, das im einen Flügel des Volkes gegen den andern bestehe. Jeder glaube, aus Gründen der Abwehr die Waffen nicht entbehren zu können. Das treffe die Linke, genau wie die Rechte. Dabei müsse es darauf ankommen, das Militärwesen gegen die Objektivität der Regierung zu besitzeln. Aus diesem Grunde sei auch in der Vorlage jede politische Anspielung vermieden. Abgesehen dürften die Waffen nur an eine unpolitische Stelle werden, daher käme auch die Reichswehr für die Durchführung nicht in Betracht. Es müßte also ein Reichskommissar mit außerordentlichen Vollmachten auch gegenüber den einzelnen Ländern bestellt werden. Das könne nur ein Mann sein, der dem Vaterlande völlig fern stehe. Da auch eine Annäherung mit der Vorlage verbunden sei, erwarte er, daß ein gewaltsames Vorgehen nicht erforderlich sein werde. Deutschland dürfe nicht länger in zwei Lager zerfallen, die sich gegenseitig für Bolschewiken oder Kappisten hielten. Gegen jede Aktion werde er aber mit den Waffen der Gewalt vorgehen, die Regierung nehme es ernst mit ihrer Aufgabe, damit es wieder ein Kulturvolk werde, statt ein Volk, das in Waffen starrt.

Hg. Lubbing (Soz.).

erklärt die Bereitschaft seiner Partei zur Mitarbeit, es müßten aber Maßnahmen getroffen werden, welche es hinderten, daß ein Ausnahmegesetz daraus werde, das sich einseitig gegen die Arbeiterklasse richte. Nach der Entwaffnung dürften nur noch Reichswehr und Sicherheitspolizei im Besitz von Waffen sein, das garantiere aber die Vorlage nicht. Zum Beispiel heiße es in der Begründung zu § 2. Organisationen müßten bis zur Durchführung im

Besitz der Waffen bleiben, seien damit etwa die reaktionären Selbstschutztruppen gemeint? Gegen die Mannschaften lasse sich nichts sagen, wohl aber gegen die Führer, denen die verfassungstreue Bevölkerung mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehe. Entwaffnung, Auflösung, ja ein Verbot dieser Selbstschutzorganisationen sei nötig und müsse in dem Geleis ausgesprochen werden. Die Verdon des Reichskommissars dürfe jedenfalls kein gewesener Offizier sein, sondern eine nach jeder Richtung hin unanfechtbare Zivilperson.

Hg. Ernst (Unabh.).

hält die Vorlage für unbrauchbar, da sie von falschen Voraussetzungen ausgehe. Ueber die Frage, wo die Waffen verstreut seien, herrsche noch heute Unklarheit. Aber wenn die Regierung glaube, daß die Arbeiter Waffendepots besäßen, so beruhe diese Verdächtigung auf Spionage. Wenn Waffen im Ruhrgebiet vorhanden wären, waren sie in den Händen der Reaktionäre. Die Arbeiter hätten beim Kappstich den Einwohnern die Waffen abgenommen. Nach der Beendigung der Unruhen seien natürlich Waffen in den Händen Einzelner geblieben, die in keinem Zusammenhang mit irgend einer politischen Partei ständen. Alle Gerüchte, die darüber hinausgingen, seien unwahr. Man sollte sich lieber einmal bei der „Deutschen Wirtschaftsbilte“ oder bei Herrn Stinnes umsehen. Das Gesetz selbst sei ein Ausnahmegesetz gegen die Linke. In diesem Zusammenhang müßte man auch die Nachrichten über das Bestehen einer großen roten Armee in Deutschland bewerten. Hinter allem stehe die „Deutsche Wirtschaftsbilte“ und die Regierung solle darauf blicken. Statt nach Spa die Einwohnerwehren aufzulösen, biete die Regierung die Hand dazu, sie in anderer Form weiterzubehalten zu lassen. Und diese Wehren dürften garnicht daran, sich entwaffnen zu lassen. Redner verweist sodann auf die Waffenlager, die nach den großen Unruhen verschoben seien, und daß die angeblich entlassene Reichswehr dort munter weiter existiere. Zum Beispiel habe das Detachment Kockhach eine Arbeitergemeinschaft gebildet, die letzten Unbesatzung der Reichswehr bestimme sei. Und dieses Bestehen gebe noch heute weiter, wie die Inserate zahlreicher Offiziere beweisen. Das Gesetz sei eine Ungehörlichkeit, und der § 7, der dem Reichskommissar freie Hand gebe, grenze an Diktatur, um das Volk auch um die letzten Freiheiten zu bringen, die ihm noch aus der Revolution verblieben. Er schließt mit dem Hinweis, daß die Linke über keine nennenswerten Waffen verfüge. Die Entwaffnung werde überhaupt kein wesentliches Resultat ergeben, denn die Waffen seien meistens verschoben. Herr Gehler sei nur ein Werkzeug des Herrn v. Seekt und unter diesem sollen Dekorationen des Wehrministeriums sei es noch schlimmer um dieses Amt geworden, als unter Koste, das beweise die Ohnmacht des Ministers gegen die Kappisten.

Der bayerische Gesandte.

erklärte, daß nach den Ergebnissen von Spa die bayerische Regierung sich den Anforderungen nicht entziehen werde, welche die Reichsregierung im Zusammenhang mit Spa etwa an sie stellen werde.

Abg. Dr. Moerkke (Dnaff):
steht im Gegensatz zum Abg. Ernst, daß geradezu unter den Augen der Behörden von roten Arbeiterbataillonen täglich egeriert werde. Es ist unerhört, wie Deutschland fortbauend der Entente von den Unabhängigen mit unanwählbaren Behauptungen denunziert wird. (Sehr richtig rechts.) Buerst müssen die unruhigen Elemente die Waffen abgeben, damit wir wieder zur Ordnung kommen. Damit es bei der Waffenabgabe ordnungsmäßig ausreicht, muß der Reichskommissar, dem ja große Macht beigemessen wird, kontrolliert werden, vielleicht durch einen parlamentarischen Ausschuss. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gans (Dem.):
Die Unabhängigen sind doch gerade — und zwar in höchst unvorsichtiger Weise — von Anfang an für die bedingungslose Unterzeichnung des Versailler Vertrages eingetreten. Da hätten sie jetzt am allerwenigsten Anlaß, Schwierigkeiten zu machen, wo es sich um die Konsequenzen des Vertrages handelt. Wir müssen soweit kommen, daß sich Waffen überhaupt nur noch in den Händen staatlich anerkannter Organisationen befinden dürfen, hoffen wir, daß die Regierung einen Reichskommissar für die Durchführung des Gesetzes Andet, der das Vertrauen aller Bevölkerungskreise genießt.

Abg. Frau Jeklin (Komm.):
Der Entwurf soll die deutschen Arbeiter wehrlos machen, er ist für uns unannehmbar. Wie wünschen keine solche Militärdiktatur, wie sie hier geplant wird.

Abg. Dr. Wildemeister (D. Sp.):
Da das Gesetz ein Vollzeitsgesetz ist, so bedarf es außerordentlicher Leistungen der Exekutive, die durch einen parlamentarischen Ausschuss nicht gefördert werden würden. Das das Gesetz paritätisch ausgeführt werden muß, ist selbstverständlich. Die Revolution, der es zuzuschreiben ist, daß unser Schwert zerbrochen ist, darf nicht weiterwirken. Sie muß überwunden werden durch die innere Bewegung des Volksganges.

Präsident Eiche ruft nachträglich die Abg. Rüppler (Soz.) und Wolff (Soz.) wegen unparlamentarischer Zursätze während der Rede des Abg. Rösche zur Ordnung.

Abg. Unterleitner (Unabh.):
Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Entwaffnung in Bayern widerstandslos durchgeführt wird.

Bayrischer Handelsminister Hamm:
Die Anträge gegen Herrn von Raab sind vollkommen gegenstandslos.

Reichsminister Koch:
Das Gesetz muß ordnungsmäßig durchgeführt werden, sonst haben wir vor der Gefahr der Reichung preußischen Gebiets. Es muß gelingen, die Waffen überall herauszuholen, wo sie auch vorhanden seien. In Preußen haben die Oberpräsidenten die volle Verantwortung, daß die Selbstschutzorganisationen sich nicht anders entwickeln, als es im Willen des Reiches liegt. Es bietet sich zum letzten Male dem deutschen Volke die Gelegenheit, in ruhige Verhältnisse zurückzuführen: ich hoffe, daß sie nicht verwaßt werden wird.

Abg. Simon-Franken (Unabh.):
Die Regierung Raab ist nur durch einen Staatsstreich zur Herrschaft gelangt. (Widerpruch.)

Abg. Gruber (Soz.):
Es handelte sich im März 1920 um einen Gewaltstreich gegen die bayerische Staatsverfassung, wie er unerhörter nicht sein konnte. Ich warne die Reichsregierung, auf die Versicherungen des Herrn v. Raab etwas zu geben. Ich halte von seinen Versicherungen gar nichts. Herr v. Raab ist nur Marionette, nur Platzhalter für Herrn Heim oder einen anderen Kantonisten.

Abg. Schwarz (Bayer. Sp.):
Ich bitte den Redner, seine Angriffe gegen Herrn Heim außerhalb des Hauses zu erheben, dann wird ihre grundsätzliche Grundlosigkeit vor Gericht festgestellt werden. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Ohne Erörterung angenommen wurde in zweiter Lesung eine Verfassungsänderung, wonach noch für längstens ein Jahr die preussischen Reichsratsstimmen von den Mitgliedern der preussischen Regierung abgenommen werden können, hat zur Hälfte von Vertretern der Provinzialverwaltungen, ferner eine Sonderbestimmung zu Gunsten der Erhaltung des holländischen Gemeindefreehrecht.

Darauf wird die zweite Beratung des ergänzenden

Rothhaushalts

bei der Reichspostverwaltung fortgesetzt.

Abg. Frau Jitz (Unabh.):
Die Beamten und Arbeiter sind von großem Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt, ob sie die Hebung der Gehälter und die geschlossenen Tarifverträge auch wirklich halten wird. Leider sind unsere Anträge im Hauptausschuss auf Gleichstellung der Zivil- und Militärrenten und auf die Auszahlung von ausreichenden Gehaltsvorschußen an die Beamten abgelehnt worden. Die erforderlichen Mittel liegen sehr leicht bereit, wenn man die Vergewerke sozialisiert und mit den Liebesgaben an die Karrieren aufräumt. Die Personalakten der Beamten sollten beseitigt werden.

Reichspostminister Giesberts:
Die persönlichen Ausgaben der Post sind enorm gering, noch mehr als die der Eisenbahnen.

Staatssekretär Sewald:
Ohne Personalakten kann keine Verwaltung auskommen.

Abg. Bruns (Deutschnatl):
empfeht den Antrag seiner Partei auf Befestigung des Fernsprechnetzes von 1000 Mark, daß seiner Zeit mit sehr knapper Mehrheit beschlossen wurde.

Reichsfinanzminister Wirth:

Die Rede der Frau Jitz war nicht erforderlich, nachdem der Hauptausschuss heute beschlossen hat, die Beamtenfragen am Montag zu erledigen. Die Erledigung der Besoldungsordnung in den Ländern war ein Unglück für das Reich. Es geht nicht an, daß die wenigen Postbeamten der Länder erheblich besser dastehen als die Reichsbeamten. Heute morgen waren wir dem Ausgleich schon ziemlich nahe. Meine Hauptfrage ist, ob ich die derzeitigen Beamtengehälter noch längere Zeit hindurch bezahlen kann. Auf das Feinliche berührt wurde ich durch ein Schreiben von Eisenbahnerorganisationen, wodurch mit einem Demonstrationstreif gedroht wird, falls nicht durch eine bindende Erklärung des Hauptausschusses und des Reichstages bis zum 31. Juli, 3 Uhr, die Befriedigung der Eisenbahnerwünsche angefragt werde. (Hört, hört!) Das kann sich keine Volkvertretung der Welt leisten. (Sehr richtig!) In dem Augenblicke, indem ich die Eisenbahnerwünsche erfüllen will, wird mir in dieser Weise die Pistole auf die Brust gesetzt. Wir sind es uns selber schuldig, erst die Klärung der Angelegenheit abzuwarten. Der große Eisenbahnerverband will nichts von der Sache wissen. Wir wollen am Montag die Erklärungen der beiden Verbände hören und dann das Erforderliche tun. (Beifall.)

Ministerialdirektor Bredon berichtet über den Märsch des Telegrammverkehrs, der schon vor der Gebührenerhöhung einsetzte, also nicht auf diese zurückzuführen sei. Die Leistung der Fernsprecheinnehmer habe in keinem Verhältnis mehr zu den Selbstkosten der Vermittlung. Die Kosten der Anlegung eines Hauptnetzes liegen jetzt in Berlin auf annähernd 10 000 Mrk. (Hört, hört!) Das Fernsprechnetz muß beibehalten werden,

den, wenn der weitere Ausbau des Fernsprechnetzes erfolgen soll.

Abg. Jand (Bayer. Sp.):
Wir sind ursprünglich gegen das Fernsprechnetz gewesen, lehnen aber den Antrag der Deutschnationalen aus Rücksicht auf die Gesetzgebung ab. Die Fernsprechnetze bedürfen der Ermäßigung, wenn der Fernsprecher auch dem kleinen Mann zu Gute kommen soll. Die Streikandrohung der Eisenbahner weisen wir als den Versuch eines Druckes auf die Regierung und das Parlament zurück.

Abg. Ventkin (Bayer. Sp.):
Das Ultimatum der Eisenbahner ist ein Verbrechen am Volk. Wir werden uns dadurch in keiner Weise beeinflussen lassen.

Abg. Gies (Unabh.):
protestiert gegen die politische Ueberwägung von Ferngesprächen.

Abg. Dr. Söller (Centr.):
Es ist mir aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt worden, daß es sich um sein Ultimatum handle.

Minister Giesberts bekräftigt, daß eine politische Ueberwägung von Ferngesprächen stattfindet.

Der Antrag der Deutschnationalen, betr. die Befestigung des Fernsprechnetzes wird abgelehnt, die Entschließung des Ausschusses auf Dinausschließung der Erhöhung der Postgebühren bis zum 1. Januar 1921 wird angenommen; der Volksauschuss wird bewilligt.

Montag 1 Uhr: Fortsetzung; vorher dritte Lesungen, Antrag auf Erlass eines Amnestiegesetzes. — Schluß 6 Uhr.

Das Ultimatum der Eisenbahner.
Das in dem vorstehenden Reichstagsbericht erwähnte Ultimatum der Eisenbahner hat folgenden Wortlaut:

Die Vertreter der Groß-Organisationen des Deutschen Eisenbahnpersonals haben von der Auslegung des Beschlusses des Haushaltsunterausschusses vom heutigen Tage, wonach die Höherstellung der Eisenbahnbeamten erst bei der Revision im Herbst 1920 erfolgen soll, Kenntnis erhalten. Sie vermaßen unter diesen Umständen nicht mehr ihre Mitglieder vom Austritt in den Landesdienst zurückzuhalten und haben die Absicht, im Laufe der nächsten Woche zunächst einen Demonstrationstreif des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals einzuleiten, falls die Groß-Organisation bis Sonnabend, den 31. Juli 1920, nachmittags 3 Uhr vom Haushaltsausschuss des Reichstages und von der Reichsregierung keine befriedigende und bindende Erklärung über die abschließende Erfüllung ihrer Wünsche erhalten. Deutscher Eisenbahnerverband, Reichsbewegung Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten.

Vertagung des Reichstages bis Oktober.

Wie gemeldet wird, ist, sofern nicht dringende politische Anlässe eine frühere Einberufung notwendig machen, die Vertagung des Reichstages für Anfang Oktober in Aussicht genommen. Die Regierung soll ersucht werden, bis dahin eine Uebersticht über den zu behandelnden Stoff zu geben, sowie den Haushaltsplan rechtsseitig in Vorlage zu bringen. Die gegenwärtigen Verhandlungen sollen bestimmt am Dienstag zum Abschluß gebracht werden.

Der Abbau der Zwangsirtschaft.

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich am Mittwoch und Donnerstag mit der Frage der Bewirtschaftung der Kartoffeln und des Fleisches. Die Regierung hatte dem Ausschuss den Entwurf einer Verordnung zur Begünstigung vorgelegt, die als Uebergangsmassnahme und zur Vorbereitung der freien Vieh- und Fleischwirtschaft die Aufhebung der Fleischkarte vorsieht, die durch die drückende Kundenliste ersetzt werden soll. An Stelle der Kundenliste soll auf Wunsch der einzelnen Landesregierungen aber auch die Einführung der Gemeindefleischkarte zulässig sein. Der Entwurf der Verordnung sucht ferner die Fleischversorgung der Selbstversorger dadurch zu verbessern, daß in Zukunft nicht mehr die Gewichtsmenge, sondern ganze Schlachtereien als Berechnungsgrundlage der Selbstversorgung zugelassen werden sollen. Daneben sind noch einige andere Bestimmungen zur Erleichterung der Selbstversorgung mit Fleisch vorgezogen. Der Ausschuss, der sich nur auf das äußere hatte, erklärte sich mit großer Mehrheit gegen diese Verordnung. Sein Hauptbedenken war, daß durch die Annahme der Regierungsverordnung, die die Weiterbelieferung der Garküchen vorsieht, eine starke Bevorzugung der Zweiteilnehmer eintreten muß, die in Garküchen ihre Mahlzeiten einnehmen. Zwar besteht dieser Zustand tatsächlich heute schon; ihn aber gesetzlich festzusetzen, erschien dem Ausschuss bedenklich. Die Ausdrücke, die sich nicht auf die vorgelegte Verordnung beschränkte, sondern auch einseitig die Gründe für und wider die Fortdauer der Zwangsirtschaft erörterte, erzielte mit der Annahme eines Beschlusses, nach dem das Gutachten des Ausschusses auf Anhörung der Zwangsirtschaft nach einem Monat bei vorläufiger Beibehaltung der Fleischkarte laute. Die Aufhebung soll erst erfolgen, wenn gewisse Uebergangsmassnahmen, wie die Schaffung von Fleischreserven, die Einruhe von Futtermitteln und der Abschluß von Lieferungsverträgen durchgeführt wurden. Bezüglich der Kartoffelwirtschaft wurde die Aufhebung der Bewirtschaftung der Herbstkartoffeln einstimmig beschlossen. Auch hier wurde jedoch an die Aufhebung der Zwangsirtschaft die Bedingung geknüpft, daß die Gemeinden durch den Abschluß von Lieferungsverträgen ein Quantum von 35 Millionen Zentner für die häusliche Bevölkerung sicherstellen und außerdem Vorvorlage für weitere Kartoffelreserven, mit denen eintretende Notstände bekämpft werden können, getroffen wird. Die Fabrikation von Kartoffelflocken und Kartoffelfstärke soll im kommenden Winter in der bisherigen Weise weitergeführt werden, weil auch dadurch Kartoffelreserven gesichert werden.

Der Landarbeiterstreik in Braunschweig.

Im Landarbeiterstreik in Braunschweig ist der Spruch des Schlichtungsausschusses, der am 2. März Stundenlohn für verheiratete männliche Arbeiter lautet, von den Arbeitgeber-Vertretern abgelehnt worden. Der Demobilmachungskommissar hat den Spruch des Schlichtungsausschusses im Landarbeiterstreik für bindend erklärt. Er gilt für die Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel.

Wählerleien gegen Oesterreich in Ungarn.

Nach einer Mitteilung des österreichischen Staatsamts für Heereswesen haben aus Ungarn geflüchtete Oesterreicher ihm zu Protokoll gegeben, daß sie in Ungarn zum Eintritt in eine österreichische Legion gezwungen worden seien, die den Sturz der jetzigen Wiener Regierung und die Wiederherstellung der Monarchie in Oesterreich bezwecke. Die Legion, 170—180 Mann stark, liege im Lager von Jala Gerszög. An anderen Orten Ungarns sollen sich noch fünf weitere gleiche Lager befinden, in Jala Gerszög außerdem eine kroatische Legion zwecks Förderung einer Umsturzbewegung in Südserbien. Die Wiener Arbeiterzeitung meldet, verhandelte die Polizei in später Nachtstunden einen der Werber in Jala Gerszög, Oberleutnant Augler. Dieser beschäftigte bei sei-

nem Verzuge, daß er nicht vor einem einmütigen Ausschuss in Oesterreich und der Sturz der republikanischen Regierung bezweckt würde.

Die am Sonnabend gemeldete Verhaftung eines Jungmannes in Fürstfeld durch Ungarn erhält durch vorstehende Meldungen eine besondere Bedeutung. Das Staatsamt für Heereswesen in Wien beauftragte sofort nach Eintreffen der Meldung über den Vorfall in Fürstfeld die österreichische Grenzschutztruppe in Budapest, bei der ungarischen Regierung scharfes Vorgehen zu erheben und zu verlangen, daß unverzüglich die Bestrafung der Schuldigen verfügt werde und die geraubten Gegenstände zurückgestellt, der aus dem Ueberfall entstandene Schaden gutgemacht und Oesterreich Genugtuung geleistet werde. Gleichzeitig wurden die diplomatischen Vertretungen Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten in Wien von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

Praxis in der Arbeiter-Gewinnbeteiligung.

Die „Wirtschafts-Warte“ schreibt:
Es ist ein alter Grundsatz, daß durch allgemeine Erörterungen allein die Gangbarkeit von Reformwegen nicht hinreichend erforscht werden kann. Erst die lebendige Praxis kann zeigen, ob und in welchem Maße die am Schreibtisch herausgefundenen Gefahren und Schwierigkeiten wirklich gegeben sind. Melken wird man dabei finden, daß andere, vorher nicht erkennbare Hindernisse eine viel wichtigere Rolle spielen. Darum ist es zu begrüssen, daß mit der so viel erweiterten Gewinnbeteiligung von Arbeitern und Angestellten ein erster, großzügiger Versuch gemacht wird.

Im vorigen Jahre wurde in Eisenach die „Erste Stapelfabrik für Selbstbeteiligung A.-G.“ gegründet. Das Kapital der Gesellschaft besteht aus 3000 Inhaberkonten (Stammaktien) zu 1000 Mk. und 1000 Namensaktien (Arbeiteraktien) zu je 200 Mk. Der Zweck der Gesellschaft ist im eigentlichen Sinne volkswirtschaftlich. An Stelle der teuren, knappen ausländischen Faserstoffe sollen aus heimischen Rohprodukten Spinnstoffe erzeugt und der Verfertigung des Stoffes mit billigen Arbeitskräften dienlich gemacht werden. Die Gründer der Gesellschaft haben sich mit einer Reihe von „Mahnruhen“ an die Selbstbeteiligung gewandt, haben aber bisher nicht das nötige Verständnis gefunden. Der letzte „Mahnruhe“ vom April d. J. befaßt besonders die Gleichgültigkeit der Handwerkskammern gegenüber den von jedem Standpunkt aus beachtlichen Gedanken. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist in der Eisenacher Aktiengesellschaft folgendermaßen geordnet: Die oben genannten „Arbeiteraktien“ zu je 200 Mk. sollen von Angestellten und Arbeitern des Betriebes (oder auch anderer Betriebe) erworben werden. Diese Aktien genießen das gleiche Dividenden- und Stimmrecht wie die Stammaktien. Die Arbeiteraktien haben Anspruch auf mindestens einen Sitz im Aufsichtsrat. Angestellte und Arbeiter erhalten außer ihrem Lohn als Gewinnanteil auf ihr Jahreseinkommen den gleichen Prozentsatz, den die Aktionäre als Dividende beziehen. Endlich darf jeder Angestellte und Arbeiter seine Ersparnisse — bis zum Höchstbetrag des Jahreseinkommens — als bevorzugte Spareinlage bei der Gesellschaft mitarbeiten lassen. Diese Einlage wird zu dem Dividendenfuß der Aktien, mindestens aber zu 5 Prozent, verzinst.

In der Tat ist hier eine Form gefunden, die sich von der laienhaften, selbstbeweihräuchernden Art anderer praktischer Versuche vorteilhaft unterscheidet. Gegenüber solchen Plänen wird dem Eisenacher wurde bisher in erster Linie geltend gemacht, daß die Ersparnisse der Arbeiter vor jedem Risiko sichergestellt werden müßten. Die werbende Mitarbeit der Ersparnisse in einer Gesellschaft bedeutet aber selbstverständlich ein erhebliches Risiko. Der erste „Mahnruhe“ der Eisenacher Gesellschaft empfiehlt daher die Schaffung eines Solidaritätsfonds für diese Spareinlagen oder die Einräumung eines Vorkaufsrechtes an bestimmten Teilen des Gesellschaftsvermögens.

Die „Mahnruhe“ der Gesellschaft scheuen sich nicht, die empfohlenen Arbeiter-Gewinnbeteiligung als eine Versicherung gegen lebensgefährliche sozialistische Experimente hinzustellen. Sie verlangen von Unternehmensleiter als Voraussetzung für eine erfolgreiche Befreiung dieses Weges nur guten Willen, Anerkennung der Gleichberechtigung und festen Glauben an den Erfolg. Sollte der Versuch gelingen, so wäre die unmittelbare Folge eine wirksame Sicherung des Arbeitsfriedens. Die in Arbeitnehmerkreisen herrschende Unkenntnis über die Rechnungslegung und die erzielten Gewinne von Erwerbsgesellschaften haben abenteuerliche Vorstellungen über die angeblich in allen oder den meisten Unternehmen erzielten Misserfolge entstehen lassen. — Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter bedeutet natürlich zunächst eine neue Verteilung des Produktionsertrages. Da aber Unternehmer und Arbeiter gleich stark an erfolgreicher und sparsamer Produktion und an Erzielung eines großen Gewinns interessiert sind, werden alle an der Gesellschaft mitwirkenden Arbeitskräfte zu Energie und Sparsamkeit angeregt. Hiermit werden gerade die beiden Faktoren befaßt, die für die Reorganisation unserer Wirtschaft von grundlegender Bedeutung sind. In der auswärtigen Wirtschaftspolitik hat die deutsche Regierung neue Formen zur Befähigung gemeinsamer Wiedererwerbungsversuchen. Nicht weniger tut es Not, auch in der inneren Wirtschaftspolitik neue Wege zu weisen, welche die bewährten Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit den nützlichen Elementen der sozialen Gemeinschaft in Einklang bringen.

Dr. Groll.

Bemerktes.

Ruhredemie im Industriegebiet.
In Buer ist eine Ruhredemie ausgebrochen, die in den letzten Tagen einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. In den Holzerhäusern sind bereits vierzig Erkrankte untergebracht. In Opladen sind bisher 113 Erkrankte an Ruhr vorgekommen, von denen 16 tödlich verstarben. Schwarzschlächter Bick und Ende. Das „Schwarze Lager“ schreibt: Eine seltsame Todesangelegenheit ist die des Schwarzschlächters von Rothenberg in Bader. Sie lautet: „Tieferschüttet machen wir Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber, guter, treuer, sorgloser Berufswirtschaftler (Fleisch) gestern nach langem, schwerem durchdrücktem Leiden sanft entschlafen ist. Die tieftrauernden Schwarzschlächter.“

Während des Badens ausgeplündert.
Von einem argen Mißgeschick ist in Baden ein Ehepaar Langer selbst betroffen worden. Das Ehepaar habe an einer einsamen Stelle und hatte seine Kleidungsstücke zusammengepackt und mit allen Wertgegenständen in einer Dampferkabine versteckt. Als die Badenden sich nach einiger Zeit wieder anschieben wollten, war ihre Garderobe gestohlen worden. Es sollen dem Diebe außer allen Kleidungsstücken zwei goldene Uhren, Brillenträger, ein Portemonnaie mit namhaftem Inhalt und einige Ausweisselbretter in die Hände. Die Betroffenen besitzen ihren Verlust auf etwa 30 000 Mark. Es blieb dem Ehepaar nichts anderes übrig, als in Badenfeld zu gehen, das Polizeiamt aufzusuchen und den Diebstahl zu melden.